



Protokoll der 26. Sitzung des Einwohnerrates

vom 2. März 2011, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Andreas Lirgg, Adrian Mächler, Martin Spiess

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26.01.2011 ://: <i>Das Protokoll vom 26.01.2011 wird genehmigt.</i>	-
2. Pilotprojekt Quartierzentrum, 3jähriger Betriebsbeitrag ://: <i>Genehmigung stadträtliche Anträge.</i> ://: <i>Ablehnung Rückkommensantrag FDP-Fraktion betreffend Vorberatung von stadträtlicher Vorlage durch Spezialkommission.</i> ://: <i>Ablehnung Antrag SVP-Fraktion, dass ER-Beschlüsse dem Behördenreferendum unterstellt werden.</i>	2011/151
3. Neugestaltung Emma Herwegh-Platz; Projekt- und Kreditgenehmigung ://: <i>Überweisung an BPK zur Vorberatung.</i>	2011/158
4. Ersatzwahl von einem Mitglied des Sekundarschulrates für die restliche Amtsperiode bis zum 31.07.2012 ://: <i>Wahl von Annika Walter, geb. 1983, gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion.</i>	2011/157
5. Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Postulat von Beat Gränicher der SVP-Fraktion betreffend Poststrasse ://: <i>Kenntnisnahme von Berichten Stadtrat und GPK mit Abschreibung von Postulat.</i>	2010/132 2010/132a 2010/132b
6. Bericht Stadtrat zum Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Markus Meyer der SVP-Fraktion betreffend „Aufwandbremse“ ://: <i>Kenntnisnahme von Bericht Stadtrat, Abschreibung von Postulat.</i>	2009/83 2009/83a
7. Bericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/s Jugendbeauftragten ://: <i>Vom stadträtlichen Bericht mit abgeändertem Stadtratsantrag wird Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>	2007/154 2007/154a 2007/154b
8. Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Direkte Verbindung Spitalunterführung – Erzenbergstrasse“ ://: <i>Überweisung und gleichzeitige Abschreibung von Postulat.</i>	2011/156

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| 9. | Verfahrenspostulat von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sitzungsgeld-Reduktion für den Einwohnerrat
<i>://: Das Verfahrenspostulat wird nicht überwiesen.</i> | 2010/147 |
| 10. | Motion von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sitzungsgeld-Reduktion der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen
<i>Der politische Vorstoss wird vom Motionär zurückgezogen.</i> | 2010/148 |
| 11. | Bericht Stadtrat zum Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion, Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ersatzparkplätzen während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor
<i>://: Kenntnisnahme von stadträtlichem Bericht und Abschreibung von Postulat.</i> | 2010/111
2010/111a |
| 12. | Jahresprogramm 2011
<i>://: Vom Jahresprogramm 2011 wird einstimmig Kenntnis genommen.</i> | 2010/149 |
| 13. | Postulat der SP-Fraktion, der Grünen Fraktion und der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Verbleib von Velo-Putz und –Flick-Tag (PUFLI) an Rathausstrasse
<i>://: Das Postulat wird an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2010/137 |
| 14. | Schlussbericht Stadtrat zum Postulat „Sauberes Liestal“ von Hans-Rudolf Schafroth der SVP/CVP/EVP-Fraktion

<i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2006/102
2006/102a
2006/102b |
| 15. | Bericht Stadtrat zum Postulat „Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuerbarer Energie“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion
<i>://: Der stadträtliche Bericht wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.</i>
<i>://: Der Änderungsantrag der Grünen Fraktion zu den Anträgen 2 und 3 des Stadtrates wird abgelehnt.</i>
<i>://: Ablehnung von SR-Antrag Nr. 2.</i>
<i>://: Mit Stichentscheid des Präsidenten stimmt der ER dem Antrag der Grünen Fraktion zu, dass der Stadtrat für die folgenden Jahre eine Stromversorgung der gesamten Stadtverwaltung mit 100% erneuerbarer Energie anstrebt.</i> | 2010/107
2010/107a |
| 16. | Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „ÖV-Anbindung Rosenquartier“
<i>://: Überweisung Postulat an Stadtrat.</i> | 2010/135 |
| 17. | Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion betreffend Fassadenrenovation am Törli
<i>Interpellation ist nach Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.</i> | 2010/136 |
| 18. | Antwort Stadtrat zur Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Synthetisches Eis – neue Perspektiven für den Sport“
<i>vertagt</i> | 2010/144
2010/144a |

- | | | |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 19. | Postulat der Bau- und Planungskommission betreffend „Sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen“
<i>vertagt</i> | 2011/152 |
| 20. | Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend „Sanierung Waldspielplatz Sommerhalden“
<i>vertagt</i> | 2011/153 |
| 21. | Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend „Zone für preisgünstigen Wohnungsbau“
<i>vertagt</i> | 2011/155 |

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Anwesenden zur heutigen Ratssitzung.

Wie im Fussballjargon ausgedrückt, wird heute mit einer geänderten Mannschaftsaufstellung gespielt, indem nämlich die Büromitglieder nicht mehr auf der Ersatzbank sitzen, sondern in ihre Mannschaften integriert wurden. Nach Umfrage in den Fraktionen und Bürobeschluss vom 24. Februar werden ab der heutigen Ratssitzung die Büromitglieder, mit Ausnahme des Präsidenten und Vizepräsidenten, bei ihren Fraktionen sitzen.

Gemäss Voranzeige an der letzten Ratssitzung und Entscheid des Büros vom 24. Februar 2011 wird die heutige Sitzung bis ca. 22.00 Uhr dauern, damit die pendenten Geschäfte möglichst umfangreich abgebaut werden können. Um ca. 19.30 Uhr findet eine verlängerte Pause von einer halben Stunde statt, in welcher sich die Ratsmitglieder verpflegen können.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 24. Februar 2011:

- Das Büro hält an seinem früheren Entscheid fest und wird die schriftlich eingehenden Fragen für die „Fragestunden“ auch weiterhin vom Vizepräsidenten verlesen lassen.
- Der Amtsbericht 2010 ist der GPK zur Vorberatung überwiesen worden. Die Vorlage Nr. 2011/159 wird den Ratsmitgliedern am Schluss der heutigen Ratssitzung verteilt.
- Das Büro wird im Zusammenhang mit der Überweisung von stadträtlichen Vorlagen an die einwohnerrätlichen Kommissionen den ER-Sitzungstermin festlegen, bis zu welchem der Kommissionsbericht vorliegen sollte. Zusätzlich hat das Büro einen Standard-Terminplan für die pendenten und auch wiederkehrenden Geschäfte wie Amtsbericht, Jahresprogramm, Voranschlag, Rechnung usw. erstellt. Mit der Terminierung der Kommissionsberichte sollten Terminprobleme wie im letzten Jahr betreffend der Beratung des Voranschlages sowie Entwicklungsplanes vermieden werden können.
- Nach einer Umfrage in den Fraktionen beschliesst das Büro, dass sich der Einwohnerrat im bisherigen Rahmen an der Integra vom 03. September 2011 beteiligen wird, indem er im „Behörden-Kaffee“ mitwirken wird.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, violett
- neue Vorstösse Nr. 2011/160 und Nr. 2011/161
- Amtsbericht 2011 (Nr. 2011/159); Verteilung im Anschluss an Ratssitzung

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|----------------------------------|--------------------|
| - Philipp Senn | 1: Seite FDP |
| - Peter Stengle | 2: Mitte |
| - Thomas Eugster, Ersatzmitglied | 3: Seite SP, Grüne |
| - Vreni Wunderlin | 4: Büro |

Bis zum Eintreffen von Philipp Senn wird SP-Fraktionspräsident Walter Leimgruber für das Stimmenzählen bei der FDP-Fraktion verantwortlich zeichnen.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin orientiert, dass das KIGA BL letzte Woche bezüglich den Folgen des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes informiert hatte. Liestal wird im nächsten Vierteljahr rund 90 neue ausgesteuerte Personen bekommen, davon dürften rund 1/3 Sozialhilfeempfänger werden. Die Sozialhilfekosten dürften deshalb um rund 1 Mio. Franken zunehmen.

Auch ist sie schon verschiedentlich bezüglich der Erreichbarkeit der Stadtpolizei nach deren Auslagerung an den Kanton per 1. Januar 2011 kontaktiert worden. Die beiden Stadtpolizisten sind nach wie vor direkt erreichbar. Die offizielle Telefonnummer 061 553 34 34 ist verschiedentlich publiziert worden und sollte allgemein bekannt sein. Gegebenenfalls kann die Telefonzentrale der Stadtverwaltung die Nummer auch angeben.

Stadtrat Ruedi Riesen berichtet, dass am 21. März 2011 eine Informationsveranstaltung betreffend dem Mitwirkungsverfahren im Zusammenhang mit dem Quartierplanverfahren Ziegelhof stattfinden wird. Die ER-Vorlage betreffend dem QP Ziegelhof sollte vermutlich noch vor den Sommerferien 2011 im Rat eingespielen werden können.

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Kataster der belasteten Standorte in Liestal“ (Nr. 2011/160)
- Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Robinson-Spielplatz im Fraumattquartier“ (Nr. 2011/161)

Traktandenliste

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt die Frage, ob betreffend der Traktandenliste noch Änderungen beantragt werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) stellt den Antrag, dass das *Postulat „Direkte Verbindung Spitalunterführung - Erzenbergstrasse“ (Nr. 2011/156)* noch an der heutigen Ratssitzung, im Anschluss an die Pause, behandelt wird. Der Kanton würde anscheinend die dafür notwendigen Arbeiten übernehmen, benötigt aber dafür ein OK der Stadt Liestal, welche künftig nur für den Unterhalt des Steges verantwortlich zu zeichnen hätte.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er ein Vorziehen des Traktandums ebenfalls befürwortet, zumal er bei der Behandlung des Vorstosses gute Nachrichten überbringen könne.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Antrag der Postulantin keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Antrag von Postulantin E. Augstburger (CVP/EVP/GLP) wird einstimmig genehmigt und das Postulat Nr. 2011/156 im Anschluss an die Pause der heutigen Ratssitzung behandelt.

225 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung vom 26. Januar 2011 keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind. Das Büro beantragt dem Einwohnerrat die Protokoll-Genehmigung.

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011 wird einstimmig genehmigt.

226 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Pilotprojekt Quartierzentrum, 3jähriger Betriebsbeitrag (Nr. 2011/151)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Das Büro wird keine Empfehlung betreffend einer Überweisung der stadträtlichen Vorlage an eine noch zu bestimmende einwohnerrätliche Kommission oder Direktberatung der Vorlage an der heutigen Sitzung abgeben. Sollte die Vorlage von einer Kommission vorberaten werden, so würde das Büro die Bildung und Wahl einer Spezialkommission „Pilotprojekt Quartierzentrum“ mit 7 Mitgliedern des Einwohnerrates vorschlagen. Vorsorglich wurden die Wahlvorschläge von den Fraktionen dem Ratssekretariat bis am 01. März 2011 gemeldet. Sollte der Rat der Bildung einer Spezialkommission gemäss § 27 des ER-Geschäftsreglementes zustimmen, würden die vorgeschlagenen Mitglieder während der Pause vom Ratsbüro in einer Sondersitzung gewählt. Mit dem vom Büro vorgeschlagenen Vorgehen könnte die Spezialkommission unmittelbar nach der heutigen ER-Sitzung mit der Vorberatung der Vorlage beginnen. Eine direkte Beratung der Vorlage oder die Überweisung derselben an eine Spezialkommission wird zur Diskussion gestellt.

Regula Nebiker (SP) erklärt, dass sich ihre Fraktion für eine Direktberatung ausspreche. Es liegt eine ausgereifte Vorlage vor, das Geschäft dürfte nach einer Kommissionsberatung keinen grossen Mehrwert erfahren und lediglich zu zeitlichen Verzögerungen führen. Zudem soll der richtige Moment und die momentane Dynamik nicht verpasst werden. Das Risiko ist zudem nicht gross, da der Rat lediglich über ein 3-jähriges Pilotprojekt zu entscheiden habe.

Sabine Sutter (FDP) sagt, die FDP-Fraktion spreche sich mehrheitlich für eine Überweisung der Vorlage an die Spezialkommission aus. Das Projekt ist im Voranschlag 2011 nicht enthalten und so macht eine detaillierte Überprüfung durch eine Kommission Sinn. Von der Kommission wird erwartet, dass der Bericht bereits bis zur nächsten Sitzung vorgelegt wird, weshalb die zeitliche Verzögerung auch nicht gross ist.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch ihre Fraktion sei für eine Direktberatung. Die Vorlage enthält alle Informationen für die Entscheidungsfindung und zudem kann das Pilotprojekt nach 3 Jahren beurteilt werden.

Elisabeth Spiess (GL) äussert, ihre Fraktion unterstütze das Projekt und spreche sich auch für eine Direktberatung aus.

Walter Leimgruber (SP) gibt zu bedenken, dass im Falle einer Überweisung der Vorlage der Kommissionsbericht bereits am 25. März 2011 abgeliefert werden müsste, damit das Geschäft an der nächsten Ratssitzung vom 06. April 2011 behandelt werden kann. Dies dürfte wegen den bevorstehenden Fasnachts- und Schulfestferien unrealistisch sein. Wenn das Geschäft aber erst am 25. Mai 2011 wieder im Rat behandelt werden kann, so würde dies eine zu lange Verzögerung für das Projekt mit sich bringen.

Michael Bischof (FDP) meint, es sollte doch möglich sein, dass der Kommissionsbericht in- nert Kürze erstellt werden kann, zumal dieser ja angeblich umfassende Informationen ent- hält. Von der Kommission sollten aber doch noch folgende Fragen geklärt werden: Wie sieht das Finanzierungskonzept nach Ablauf der 3-jährigen Pilotphase aus? Was passiert mit den Räumlichkeiten, welche zur Hälfte nicht für das Quartierzentrum genutzt werden? Solche und weitere Fragen können wohl kaum an der heutigen Sitzung abschliessend beantwortet werden. Ein kurzer Kommissionsbericht sollte genügen und so soll das Geschäft auch an die noch zu bildende Spezialkommission überwiesen werden.

Stadträtin Marion Schafroth gibt bekannt, dass sich der Stadtrat zur Direktberatung, beziehungsweise Überweisung der Vorlage an eine Kommission nicht äussert. Aus Sicht des Projektes wäre eine Direktberatung wünschbar und sinnvoll. Politische Entscheide basieren auf Informationen, welche dem Einwohnerrat auch nicht vorenthalten werden. Das Projekt wird nicht daran scheitern und wäre auch nicht ernsthaft gefährdet, wenn der Ratsentscheid erst an einer der nächsten zwei Sitzungen gefällt werden könnte.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Eine Mehrheit des Rates spricht sich mit 20 Stimmen für eine Direktberatung der Vorlage Nr. 2011/151 aus. 14 Ratsmitglieder sprechen sich für eine Überweisung der Vorlage an eine Spezialkommission aus und 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

Stadträtin Marion Schafroth dankt dafür, sich anfangs der Detailberatung noch inhaltlich zur Vorlage äussern zu dürfen. Verschiedene Fragen konnte sie schon im Vorfeld beim Besuch verschiedener Fraktionssitzungen beantworten. Sie gehe von einem hohen Informationsstand der Ratsmitglieder aus und verzichte darauf, die stadträtliche Vorlage im Detail zu erörtern. Sie könne einer vorgängig gemachten Aussage einer Rednerin entgegen, dass auf Seite 55 des Voranschlages 2011 ersichtlich ist, dass der Betriebskostenbeitrag von 30'000 Franken für das Jahr 2011 veranschlagt ist. Das Projekt hat eine dreijährige Entstehungsgeschichte und ist aus der Bevölkerung des Fraumattquartiers angeregt worden. Diesbezüglich ist die Integrationskommission beim Stadtrat vorstellig geworden, welcher der Fachhochschule Nordwestschweiz eine Studie in Auftrag gegeben hatte. Nach Vorliegen des FHNW-Konzeptes hatte der Stadtrat die Weiterverfolgung des Projektes als Pilotprojekt gutgeheissen und die Initianten auch weiterhin bei der Sponsorsuche und weiteren Detailabklärungen begleitet. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass Liestal künftig nicht nur auf sein Zentrum, sondern auch auf seine Aussenquartiere schauen muss. Zur Erhaltung und Förderung der Wohnqualität gehören unter anderem die Einkaufsmöglichkeiten, Spielplätze, Begegnungsorte usw. Mit Ausnahme der Spielplätze und einem Laden fehlt es im Fraumattquartier an soziokulturellen Begegnungsstätten wie beispielsweise einem Café, wo sich die Quartierbevölkerung treffen könne. Gesamtschweizerisch ist man zum Konsens gekommen, dass Projekte zur Förderung der Quartierarbeiten wichtig sind. Vom Bund werden solche Projekte auch finanziell unterstützt, wobei das Fraumatt-Projekt zu spät eingereicht wurde. Für Nachfolgeprojekte wird man aber entsprechende Gesucheingaben machen. Das Fraumatt-Quartier ist als Pilotprojekt ausgewählt worden, da die Anregungen und Bewegungen aus diesem Quartier gekommen sind. Der Stadtrat ist auch im Trägerverein vertreten. Über das reversible Pilotprojekt wird dem Stadtrat 2 ½ Jahre nach Projektstart Bericht und Antrag unterbreitet, damit Stadtrat und Einwohnerrat frühzeitig betreffend einer Projektweiterführung entscheiden können. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung ist auch die Finanzierung von Folgeprojekten aufzuzeigen. Ob die Kosten und finanziellen Beiträge für Folgeprojekte sich in der gleichen Grössenordnung wie beim Pilotprojekt bewegen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Das Verhältnis von Kosten und Nutzen ist beim vorliegenden Projekt ein heikles Thema, kann kaum definiert werden und ist somit eine Glaubensfrage. Bezifferbar sind die Kosten, doch sind Nutzen und mögliche Kosteneinsparungen nicht definierbar, wie dies beispielsweise auch bei Streetworker- und Schulsozialarbeiten usw. nicht möglich ist. Als Gedankenanstossung sei darauf hingewiesen, dass der finanzielle Nutzen auch bei anderen Beiträgen der Stadt wie beispielsweise für das Gitterli-Bad, für Museen und kulturelle Projekte, Chienbäsen, Quartier-Busse, öffentliche WC-Anlagen etc. nicht beziffer- und messbar ist.

Elisabeth Spiess (GL) führt aus, dass bei einem Treffen der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe mit der stadträtlichen Integrationskommission verschiedene Fragen bereits beantwortet werden konnten. Ihre Fraktion unterstütze das Projekt, damit es eben zu keiner Gettoisierung komme, wie dies heute bereits erwähnt wurde. Das Pilotprojekt soll nicht ein Integrationsprojekt für Fremde sein, sondern auch für Schweizer-Bürger, ältere Personen, Jugendliche usw. nutzbringend sein. Dem Rat wird die Unterstützung des Pilotprojektes bestens empfohlen.

Regula Nebiker (SP) findet es wichtig und gut, dass im Rat nun auch einmal ein Projekt der sozialpolitischen Ebene thematisiert wird. Dem Pilotprojekt solle man eine Chance geben, schauen und auswerten. Nach Vorliegen des Berichtes in 2 ½ Jahren kann man dann im Rat aufgrund konkreter Vorschläge und Zahlen auch über eine Weiterverfolgung des Projektes entscheiden. Auch ihre Fraktion würde eine Projektweiterführung nur bei einer soliden Basis unterstützen. Im Bericht der Fachhochschule sind viele interessante Punkte bezüglich der Entstehung von Aussensiedlungen, deren Wandel im Zusammenhang mit Generationenwechseln etc. enthalten, welche beim Fraumattquartier und auch Siedlungen ausserhalb von Paris teilweise fast identisch sind. Aus eigener Erfahrung weiss sie, dass Quartierzentren eine wichtige soziale Institution sein können.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die stadträtlichen Zielsetzungen, wie sie auf der Homepage der Stadt Liestal zu lesen sind. Dem stadträtlichen Ziel für eine bessere Anbindung der Quartiere an das Zentrum rückt man mit dem vorliegenden Projekt sicher näher. Nicht alle haben die finanziellen Mittel, bei einem Zuzug nach Liestal frei zu entscheiden, in welchem Quartier sie wohnen möchten. Mit der Umsetzung des Pilotprojektes erfährt das Fraumattquartier sicher eine Bereicherung für ein besseres Wohlbefinden der Quartierbewohner in Liestal. Nach der Berichterstattung zum Pilotprojekt in spätestens 2 ½ Jahren könnte während einem halben Jahr vor Projektabschluss immer noch reagiert werden.

John Brunner (SVP) sagt, seit rund 30 Jahren besteht am Kesselweg ein grosser Raum, welcher auf Begehren des Quartiervereins Fraumatt zur Verfügung entstanden ist. Dieser Raum wird wöchentlich zwei Mal von einer Spielgruppe zur Förderung von fremdsprachigen Kindern genutzt. In Liestal bestehen bereits viele Angebote für die ausländische Wohnbevölkerung. Mit der Umsetzung des geplanten Pilotprojektes wird ein Präjudizfall für das Fraumattquartier geschaffen, denn auch die Quartiere im Oskar-Bider, Heidenloch usw. verfügen über einen relativ hohen Ausländeranteil.

Hanspeter Stoll (SP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und stellt fest, dass von diesem richtigerweise festgehalten wurde, dass in verschiedenen Quartieren von Liestal das Bedürfnis nach einem Quartierzentrum vorhanden sein dürfte. Auch wurde von diesem auf die Wichtigkeit des Treffpunkts im Fraumattquartier aufmerksam gemacht. Dass sich die Stadt Liestal nur gerade mit einem Drittel an den Kosten zu beteiligen hat, dürfte ein weiterer Grund dafür sein, dem Pilotprojekt zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet die Idee des Pilotprojektes gut, fragt sich aber, weshalb das Quartierzentrum nicht auf privater Basis realisiert werden konnte. Analog anderen Projekten sollte auch beim Pilotprojekt Quartierzentrum an die Freiwilligenarbeit appelliert werden, zumal die veranschlagten Lohnkosten doch recht hoch sind. Sie unterstütze das Pilotprojekt, gibt aber zu bedenken, dass diesbezügliche Bedürfnisse auch von anderen Liestaler Quartieren angemeldet werden könnten.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, als Bewohnerin des Fraumattquartiers und als Präsidentin des Trägervereins möchte sie doch noch ein paar Punkte festhalten. Der Quartiertreffpunkt ist ein wichtiger Ort der Begegnung, an welchem auch die Aktivitäten des Quartiers gebündelt werden sollen. Das Zentrum könnte auch eine Plattform für Selbsthilfeprojekte und eine zentrale Anlaufstelle für Fragen und Probleme sein. Für einen solchen Treffpunkt

bedarf es einer Leitung mit entsprechender Ausbildung und mit einem Engagement von freiwilligen Helferinnen und Helfern sollte gerechnet werden können. In der Schweiz gibt es bereits elf ähnliche Projekte und so kann beispielsweise Pratteln eine positive Bilanz ziehen, wie kürzlich in der Presse zu lesen war. Das Pilotprojekt für das Fraumattquartier ist sicher eine präventive und gute Investition für die Zukunft Liestals und sollte deshalb vom Rat auch unterstützt werden.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, Liestal könne nur ein Zentrum haben und es dürfte wohl kaum realistisch sein, dass für jedes Gebiet nun ein Quartierzentrum realisiert werden soll. Der Einwohnerrat hatte in der Vergangenheit ein Zentrum angestrebt, welches Charme hat und für die ganze Bevölkerung Liestals interessant ist. Dies dürfte auch weiterhin der richtige Weg für die Integration und Migration der Liestaler Bevölkerung sein. Immer wieder wird auf die Studie der Fachhochschule hingewiesen, an welche man sich halten wolle. Aber genau in diesem Bericht wird beispielsweise erwähnt, dass Räumlichkeiten mit einer Fläche von 175 m² nötig sind. Gemäss der stadträtlichen Vorlage wird nun aber die doppelte Fläche gemietet und somit hält man sich bereits nicht mehr an die Empfehlungen der Fachhochschule.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) äussert, dem Pilotprojekt sollte man eine Chance geben, zumal dieses auf drei Jahre befristet ist und die Stadt Liestal auch nicht viel Geld kostet. Der Nutzen dürfte enorm sein, denn wenn damit nur gerade die Heim- oder Anstaltseinweisung von einem Quartierbewohner vermieden werden könnte, würde sich die Investition bereits bezahlt machen. Entgegen dem stadträtlichen Bericht und Antrag erwarte er, dass der in Aussicht gestellte Bericht bereits nach zwei Jahren vorgelegt wird, damit man mindestens ein Jahr vor Ablauf des Pilotprojektes noch reagieren kann.

Stadträtin Marion Schafroth nimmt Bezug auf den Vorschlag ihres Vorredners und hält fest, dass sie als Stadträtin ebenfalls im Trägerverein vertreten sein wird. Mit dieser Begleitung wäre auch ein kurzfristiges Agieren möglich.

Beat Gränicher (SVP) bemerkt, dass die Meinungen der Ratsmitglieder wohl gemacht sein dürften. Seine Fraktion stellt den Antrag, dass das Geschäft gemäss § 90 des einwohnerrätlichen Geschäftsreglements der Urnenabstimmung zu unterstellen ist.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) weist darauf hin, dass über den Antrag der SVP-Fraktion betreffend dem Behördenreferendum erst nach der Beschlussfassung über die stadträtlichen Anträge durch den Einwohnerrat abgestimmt werden kann.

Hanspeter Stoll (SP) möchte vom Antragsteller wissen, ob ihm bewusst und bekannt sei, wie viel eine solche Volksabstimmung kosten würde. Diese Kosten dürften in keinem Verhältnis zu dem beantragten Kreditbegehren für das Pilotprojekt stehen.

Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass seine Fraktion diesen Antrag nicht unterbreitet hätte, wäre der Vorschlag für eine Vorberatung der Vorlage durch eine Spezialkommission mehrheitlich unterstützt worden.

Stadtrat Peter Rohrbach gibt bekannt, dass eine kommunale Volksabstimmung ca. 10'000 Franken kosten würde.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) kann die Argumente der SVP-Fraktion gegen das Projekt akzeptieren, versteht es aber nicht, dass das Volk noch die heutigen Einwohnerratsentscheide absegnen soll.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsverfahren informiert und betreffend dem SVP-Antrag ergänzend darüber informiert, dass die Unterstellung von Ratsentscheiden unter das Behördenreferendum einer 1/3-Mehrheit bedarf.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt der Einwohnerrat den stadträtlichen Antrag für das 3jährige Pilotprojekt Quartierzentrum.

://: Der stadträtliche Antrag für die Genehmigung eines Kredites von total CHF 180'000 als Beitrag an die Betriebskosten des Pilotprojekts Quartierzentrum (2011: 30'000 Franken, 2012: 60'000 Franken, 2013: 60'000 Franken und 2014: 30'000 Franken) wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

://: Mit grossem Mehr wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat spätestens 2 ½ Jahre nach Projektstart Bericht und Antrag betreffend der Weiterführung oder dem Abbruch des Projektes unterbreiten wird.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt den Ordnungsantrag, dass vor der Behördenreferendumsabstimmung noch über den SVP-Antrag diskutiert wird. Denn sollten über die Ratsentscheide tatsächlich an der Urne abgestimmt werden, so müsste man doch wissen, wann die Volksabstimmung stattfinden würde und welche Wirkung eine solche Abstimmung auf das Projekt haben könnte. Vielleicht könnte gar mit dieser Verzögerung das Projekt sterben, da die Mietlokalitäten nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Der Rat sollte sich bewusst sein, was für Folgen es haben könnte, wenn er mehrheitlich dem Antrag der SVP-Fraktion zustimmen würde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) kann dem Vorschlag sowie Antrag von Gerhard Schafroth zustimmen und eröffnet die Diskussion.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, weitere Diskussionen dürften wenig Sinn machen, da die Meinungen bereits gemacht sind.

Michael Bischof (FDP) hält fest, dass gemäss Aussagen des SVP-Fraktionssprechers der Antrag bezüglich der Behördenreferendumsabstimmung nicht eingereicht worden wäre, hätte der Rat die Vorlage an eine Spezialkommission überwiesen. Er schlägt vor, dass die Überweisung an eine Kommission nochmals thematisiert würde, indem man einen entsprechenden Antrag einreicht.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf das Votum des Vorredners und betont, dass von diesem lediglich ein Vorschlag unterbreitet, jedoch kein Antrag eingereicht wurde.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) würde gerne wissen, weshalb der Vorschlag und Antrag für eine Überweisung an eine Kommission nicht vorgängig der erfolgten Abstimmung erfolgt sei.

Michael Bischof (FDP) begründet die Vorgehensweise damit, dass der Vorschlag für eine Kommissionsberatung durch den Rat gebodigt worden sei.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, es sollte Klarheit darüber geschaffen werden, welche Ratsmitglieder das Projekt Quartierzentrum unterstützen bzw. ablehnen. Er und drei weitere Unterzeichnende seiner Fraktion stellen deshalb den Antrag, dass gemäss § 82 des Einwohnerratsreglements im Zusammenhang mit der Abstimmung über den SVP-Antrag namentlich abgestimmt wird. Damit kann der Stimmbürger auch die Haltung der Ratsmitglieder entsprechend honorieren.

Matthias Zimmermann (SP) stellt fest, dass man mit solchen Retourkutschen und Rückkommensanträgen nicht weiter komme. Unter Berücksichtigung der Kreditgrösse für das Pilotprojekt ist es wenig angepasst, wenn über die heutigen Ratsentscheide noch an der Urne abzustimmen wäre. Er empfiehlt Beat Gränicher, seinen Antrag zurückzuziehen.

Sabine Sutter (FDP) unterstützt das Votum ihres Vorredners und macht der SVP-Fraktion beliebt, den Antrag zurückzuziehen. Es wäre ja auch nicht das erste Mal, wenn das Volk an der Urne anders als der Einwohnerrat entscheiden würde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) äussert, das Projekt Quartierzentrum dürfte praktisch gestorben sein, sollte darüber an der Urne abgestimmt werden.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, er würde den Antrag zurückziehen, sollte der Einwohnerrat doch noch die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an eine Spezialkommission beschliessen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) verliest den Rückkommensantrag, welcher zwischenzeitlich beim Ratsbüro von Michael Bischof der FDP-Fraktion eingegangen ist: *Es ist eine Spezialkommission einzusetzen mit dem Ziel bis zur nächsten Sitzung einen Bericht abzugeben.* Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

Stadträtin Marion Schafroth nimmt Stellung zu verschiedenen Fragen und Aussagen: Die Folgen einer möglichen Volksabstimmung auf das Projekt können auch von ihr schlecht abgeschätzt werden. Es ist aber möglich, dass eine Urnenabstimmung der Todesstoss für das Quartierzentrum sein könnte. Bis Ende Mai 2011 ist die Mietliegenschaft zugesichert und eine Volksabstimmung bedürfte weiterer Verhandlungen, welche aber schwierig werden dürften. Persönlich ist sie der Meinung, dass der Einwohnerrat als Volksvertreter gewählt wurde, damit dieser in Delegation über gewisse Sachen entscheidet. Beim Pilotprojekt Quartierzentrum handelt es sich ja auch nicht um ein Millionenprojekt, welches vom Stimmvolk noch zwingend abzusegnet wäre. Sie bitte die SVP-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen, denn eine Volksabstimmung über einen solch kleinen Kredit dürfte doch zu einer Farce werden, zumal dieser auch nur für ein dreijähriges Pilotprojekt bewilligt würde. Das umfangreiche Projekt kann dem Stimmvolk zudem nicht oder nur sehr schwer in einer Abstimmungsvorlage erklärt werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere informiert.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass die namentliche Abstimmung nur für die Abstimmung im Zusammenhang mit dem SVP-Antrag verlangt wird.

://: Der Rückkommensantrag von Michael Bischof der FDP-Fraktion, dass für die Vorbera-
tung der stadträtlichen Vorlage ein Spezialkommission einzusetzen ist, wird mit 14 Ja-
Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) verliest den Antrag von Beat Gränicher der SVP-Fraktion: *Wir beantragen, das Geschäft Nr. 2011/151 gemäss § 90 des Geschäftsreglements der Urnenabstimmung zu unterstellen.* Gemäss Antrag der Grünen Fraktion wird über diesen Antrag namentlich abgestimmt.

Abstimmung (namentlich) betreffend Antrag der SVP-Fraktion bzgl. Unterstellung der einwohnerrätlichen Beschlüsse unter das Behördenreferendum gemäss § 90 des Einwohnerats-Geschäftsreglements

	<i>Fraktion</i>	<u>JA</u>	<u>NEIN</u>	<u>Enthaltung</u>
Augstburger Elisabeth	CVP/EVP/GLP		X	
Bischof Michael	FDP	X		
Brunner John	SVP	X		
Eichenberger Erika	GL		X	
Eugster Thomas	FDP		X	
Epple Dieter	SVP	X		
Furrer Peter	CVP/EVP/GLP		X	
Gränicher Beat	SVP	X		
Holinger Jürg	GL		X	
Kaufmann Franz	SP		X	
Kaufmann Meret	GL		X	
Kiefer Enrico	FDP		X	
Küng Peter	SP		X	
Lagnaz Doris	CVP/EVP/GLP		X	
Leimgruber Walter	SP		X	
Lerf Heinz	FDP			X
Lirgg Andreas	SVP	entschuldigt / abwesend		
Mägli Patrick	SP		X	
Mangold Christine	SP		X	
Mächler Adrian	FDP	entschuldigt / abwesend		
Meyer Hanspeter	SVP	X		
Meyer Markus	SVP	X		
Nebiker Regula	SP		X	
Pfaff Paul	SVP	X		
Porchet Pascal	FDP			X
Rudin Lorenz	FDP		X	
Ruesch Corinne	GL		X	
Schafroth Gerhard	CVP/EVP/GLP		X	
Schafroth Hans-Rudolf	SVP	X		
Senn Philipp	SP		X	
Spiess Elisabeth	GL		X	
Spiess Martin	FDP	entschuldigt / abwesend		
Spinnler Daniel	FDP	X		
Steinger Pia	CVP/EVP/GLP		X	
Stengle Peter	SP		X	
Stoll Hanspeter	SP		X	
Sutter Sabine	FDP		X	
Wunderlin Vreni	CVP/EVP/GLP		X	
Zimmermann Matthias	SP		X	
Zumsteg Hanspeter	GL		X	
<i>TOTAL</i>		9	26	2

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das erforderliche Drittel für das Zustandekommen des Behördenreferendums nicht zustande gekommen ist und der Antrag der SVP-Fraktion somit abgelehnt wurde.

227 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Neugestaltung Emma Herwegh-Platz; Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2011/158)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert, dass das Büro die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission BPK vorschläge. Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass das Eintreten unbestritten und die Diskussion somit eröffnet ist.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, seine Fraktion wird der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen. Bei der Vorberatung sollte die BPK auch einer möglichen Kostensenkung die gebührende Beachtung schenken.

Corinne Ruesch (GL) äussert, auch ihre Fraktion spreche sich für eine Überweisung der Vorlage an die BPK aus. Die Grüne Fraktion möchte der BPK folgende zwei Anliegen in die Diskussion mitgeben: Ihre Fraktion zweifelt daran, ob die geplanten Föhren gemäss stadträtlicher Vorlage tatsächlich die richtigen Bäume für den neuen Platz sind. Wichtig wäre auch, dass die Energiekommission die vorgeschlagene Beleuchtung genauer anschauen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) kann die Ausführungen seiner Vorrednerin unterstützen und hält fest, dass auch die SVP-Fraktion einer Überweisung an die BPK zustimmen wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Vorschlag des Büros wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt und die Vorlage Nr. 2011/158 an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen.

228 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahl von einem Mitglied des Sekundarschulrates für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2012 (Nr. 2011/157)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass nur der Wahlvorschlag der Grünen Fraktion vorliege.

Hanspeter Zumsteg (GL) stellt die von seiner Fraktion vorgeschlagene Kandidatin Annika Walter kurz vor: Die Vorgeschlagene ist 27 Jahre alt und wohnt in Liestal. Im Jahre 2006 hatte sie die Ausbildung als Primarlehrerin abgeschlossen. Danach hatte sie vier Jahre an der Schule in Langenbruck unterrichtet. Sie engagiert sich auch als Mitleiterin von Musiklagern für Kinder und Jugendliche. Aktuell besucht sie die Masterausbildung als schulische Heilpädagogin in Basel. Als Lehrerin kennt sie den Schulbetrieb, ist aber als Schulrätin der Sekundarschule nicht direkt betroffen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Da aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht, kann über den Wahlvorschlag offen abgestimmt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion wird Frau Annika Walter, geb. 1983, Zeughausplatz 32, Liestal, einstimmig bei 1 Enthaltung für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2012 als Sekundarschulratsmitglied gewählt.

229 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Bericht Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Postulat von Beat Gränicher der SVP-Fraktion betreffend Poststrasse (Nr. 2010/132, Nr. 2010/132a, Nr. 2010/132b)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert über den Ablauf betreffend der Behandlung des Geschäfts „Poststrasse“:

- a) Bericht Stadtrat zu den Anträgen 1 und 2 des Postulanten (Nr. 2010/132a)
 - Postulant
 - Ergänzungen Stadtrat
 - Fraktionssprecher / Einzelredner
- b) Bericht GPK zu Antrag 3 des Postulates (Nr. 2010/132b)
 - Vorstellen Kommissionsbericht durch GPK-Präsident
 - Postulant
 - Fraktionssprecher / Einzelredner
- c) Abstimmung über Anträge der GPK
- d) Abstimmung über Antrag des Stadtrates

a) Bericht Stadtrat zu den Anträgen 1 und 2 des Postulanten (Nr. 2010/132a)

Beat Gränicher (SVP) nimmt als Postulant zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/132a Stellung: Er werde sich kurz halten und nicht zu allen einzelnen Punkten Stellung nehmen. Das Geschäft „Poststrasse“ ist für ihn und seine Fraktion eigentlich erledigt. Die stadträtlichen Antworten sind zufrieden stellend. Dass man auf die Lichtsignalanlage nicht verzichten konnte, dürfte auch allen klar sein. Bei nächsten Projekten wie beispielsweise der Vorlage „Emma Herwegh-Platz“ werde er sich bezüglich Bäumen, Blumentöpfen usw. vorgängig genauer informieren. Bei der Projektgestaltung Poststrasse war es wohl von Anfang an klar, dass der Verkehr nicht über diese Strasse geführt werden soll. Bei künftigen Strassenprojekten sollten aber die Autofahrer nicht ganz vergessen werden, denn diese kommen oftmals mit dem Auto ins Stedtli, um hier ihre Einkäufe und Besorgungen erledigen zu können. Begegnungszonen sind ja schön und gut, doch benötigt Liestal eine gemischte Kundenschaft an Verkehrsteilnehmern. Der GPK-Bericht enthält viele Kann-Formulierungen, doch überrasche ihn dies auch nicht. Die SVP-Fraktion wird sich für eine Abschreibung des Postulates aussprechen, behält sich aber vor, gegebenenfalls einen neuen Vorstoss einzureichen, sollte sich wegen neuer Probleme ein Handlungsbedarf ergeben. Zur Verfahrensabkürzung könnte über alle Anträge gesamthaft abgestimmt werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass die technischen und auch rechtlichen Fragen doch separat behandelt werden sollten. Mit kurzen Voten dürfte das Geschäft dennoch speditiv abgewickelt werden können.

M. Zimmermann (SP) meint, dass wenn Wilhelm Busch heute noch leben würde, dieser wohl folgenden Zweizeiler schreiben würde: Sehr lange ward es diskutiert. Nun stellt man fest, es funktioniert.

b) Bericht GPK zu Antrag 3 des Postulates (Nr. 2010/132b)

Dieter Epple (SVP) hält als Kommissionspräsident der GPK fest, dass er zur Vorlage Nr. 2010/132b keine weiteren Ergänzungen anzubringen habe. Er dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die zur Verfügung gestellten Dokumente sowie die Beantwortung der GPK-Fragen innert kurzer Zeit.

Pascal Porchet (FDP) möchte als GPK-Mitglied zum Kommissionsbericht noch einige Anmerkungen anbringen. Die Poststrasse ist aus politischer Sicht leider keine Visitenkarte für Liestal, doch funktioniert diese heute glücklicherweise. Er habe den Anspruch, dass weitere solche Projekte künftig im Vorfeld gründlicher geprüft werden, damit allfällige Ungereimtheiten nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden, sondern am runden Tisch der Stadt mit den beauftragten Planern behandelt werden. Das Geschäft Poststrasse ist im Jahre 2005 in den Einwohnerrat gekommen, von der BPK im Jahre 2006 beraten worden und erst nach rund vier Jahren hatte man gemerkt, was nach der Projektumsetzung funktionierte bzw. was nicht funktionierte. Die von der GPK in ihrem Bericht formulierten Empfehlungen sind erfreulicherweise vom Stadtrat zum Teil schon umgesetzt worden. So wurde bereits bei der vorgängig überwiesenen Vorlage betreffend der Neugestaltung des Emma Herwegh-Platzes die GPK-Empfehlung, dass bei der Gestaltung und Ausführung von Bauvorhaben künftig Unterhalt und Synergien der bestehenden baulichen Elemente zu berücksichtigen sind, hinsichtlich der Sitzbänke, Bäume, Beleuchtung usw. umgesetzt. Bei der Vorlage Emma Herwegh-Platz wird auf die enge Durchfahrt für die Feuerwehr hingewiesen. Auch diesbezüglich sollte die GPK-Empfehlung befolgt und beispielsweise Fahrversuche irgendwelchen Computer-Animationen vorgezogen werden.

Michael Bischof (FDP) unterstützt das Votum des Postulanten Beat Gränicher und hofft, dass die Autos in Liestal nicht noch mehr verdammt werden. Der von Matthias Zimmermann zitierte Spruch finde er etwas zynisch. Denn für die Poststrasse musste wegen diversen Unzulänglichkeiten nachträglich noch Geld ausgegeben werden, mit welchem das erste Betriebsjahr des Quartierzentrums Fraumatt hätte finanziert werden können.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt das Votum von Michael Bischof. Dem von Matthias Zimmermann zitierten Spruch möchte er mit einem eigenen Spruch entgegnen: Hier zeigt der GPK-Bericht, es funktioniert halt eben nicht.

Elisabeth Spiess (GL) hält fest, dass sie als Autofahrerin doch auch eine Lanze für die Poststrasse brechen möchte. Die Poststrasse ist gestalterisch gut gelungen und sie sei selbst noch nie angestanden.

Peter Küng (SP) weist auf den GPK-Antrag Nr. 7.2.2.2 hin, und meint, dass der von der Kommission gewünschte Termin vom 02. März 2011 für die stadträtliche Berichterstattung abgelaufen und somit obsolet ist. Seine Fraktion brauche den Bericht betreffend dem Bus-Gegenverkehr nicht mehr, da schon mehrheitlich erwähnt wurde, dass das Geschäft Poststrasse erledigt sei.

Michael Bischof (FDP) stellt Antrag für eine Gesamtabstimmung über alle Anträge.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, gesamthaft könnte höchstens über alle stadträtlichen Anträge und anschliessend über alle GPK-Anträge abgestimmt werden.

Beat Gränicher (SVP) kann als Postulant den Antrag von Michael Bischof unterstützen.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird dem Antrag von Michael Bischof der FDP-Fraktion zugestimmt und über sämtliche GPK-Anträge gemäss Vorlage Nr. 2010/132a in einer Gesamtabstimmung entschieden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf die an der letzten Ratssitzung gemachten Bemerkungen betreffend den Kommissionsanträgen an den Einwohnerrat, wonach Kommissionsanträge nicht Aufträge, sondern Empfehlungen an den Stadtrat beinhalten dürfen. Vorgängig der Ratssitzung ist folgender Änderungsantrag der GPK betreffend der Neuformulierung von Antrag 7.2. des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2010/132b eingegangen:

7. *Anträge der GPK*

7.2 *Die GPK beantragt dem Einwohnerrat, zu Händen des Stadtrates die folgenden Empfehlungen zu verabschieden:*

7.2.1 *Der Einwohnerrat empfiehlt dem Stadtrat, die beteiligten Planungsbüros und den Kanton wegen folgenschweren Fehleinschätzungen zu Teilerlassen der Honorarrechnungen zu bewegen.*

7.2.2 *Der Einwohnerrat ladet den Stadtrat ein, eine Analyse zum „Bus-Gegenverkehr in der Poststrasse ab 12.12.2010“ zu erstellen und dem Einwohnerrat bis zur Einwohnerratssitzung vom 06. April 2011 schriftlich Bericht zu erstatten.*

7.2.3 *(unverändert) Zukünftig sind Wettbewerbe, Quartierpläne und Bauvorhaben der Stadt auch nach der politischen Zusage kritisch zu hinterfragen und die Planer auf dem Weg zur Umsetzung im Sinne der Stadt zu begleiten.*

://: Bei einer Enthaltung wird den Anträgen 7.1 und 7.3 gemäss Vorlage Nr. 2010/132b sowie den präzisierten Empfehlungen 7.2.1 bis 7.2.3 der Geschäftsprüfungskommission einstimmig zugestimmt.

://: Bei einer Enthaltung wird dem stadträtlichen Antrag gemäss Vorlage Nr. 2010/132a zugestimmt und das Postulat Nr. 2010/132 abgeschrieben.

230 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Bericht Stadtrat zum Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Markus Meyer der SVP-Fraktion betreffend „Aufwandbremse“ (Nr. 2009/83, Nr. 2009/83a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und vom Stadtrat keine Ergänzungen gemacht werden.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt stellvertretend für die Postulanten zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2009/83a Stellung: Wie er bereits früher erwähnt habe, hätte die Postulatsbeantwortung im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan Sinn gemacht. Die stadträtlichen Analysen betreffend den Trends und Entwicklungen der Personal- und Sachaufwändungen sind interessant. Im Zusammenhang mit der Personalkosten kann festgestellt werden, dass das gültige Personalreglement ein sehr enges Korsett betreffend den Personalkosten ist und wenig Spielraum für mögliche Kosteneinsparungen offen lässt. Schade ist, dass bezüglich der Sachaufwändungen in der Postulatsantwort nicht viel ausgesagt wird. So hätte man beispielsweise beim Konto 318 „Dienstleistungen und Honorare“ gerne vertiefere Informationen erhalten. Die Postulanten können den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass mit der stadträtlichen Antwort zum Postulat bestätigt wird, dass der Aufwand stetig ansteigt. Im Bericht kann auch entnommen werden, dass Stadtrat und Verwaltung in der Lage sind, die Zahlen einhalten zu können. Das verhindert aber nicht, dass Liestal in kurzer Zeit ein strukturelles Defizit haben wird. Seine Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen. Mit einem neuen Vorstoss und anderen methodischen Ansätzen kann man der finanziellen Entwicklung gegebenenfalls entgegenwirken.

Corinne Ruesch (GL) orientiert, auch ihre Fraktion werde der Abschreibung des Postulates zustimmen. Bereits vor einem Jahr habe sie ausgeführt, dass eine Aufwandbremse das falsche Instrument zur Problemlösung sei. Ihre Argumente werden mit den Zahlen im stadträtlichen Bericht unterstützt, denn gespart wird beispielsweise in der Familien- und Jugendpolitik. Einige Ausgaben können nicht alleine mit neuen Gesetzgebungen von Bund und Kanton begründet werden, sondern sind vom Rat beschlossen worden. So kann man beispielsweise dem stadträtlichen Bericht entnehmen, dass das neue Feuerwehreglement 10 Prozent der Aufwanderhöhung bei den Personalkosten ausmacht. Sie bedauert es, dass man es bis anhin in der FIKO verpasst hatte, Diskussionen zu möglichen Aufwandverminderungen zu führen.

Regula Nebiker (SP) äussert, auch die SP-Fraktion werde der Postulatsabschreibung zustimmen. Eine Aufwandbremse ist keine sinnvolle Sache, denn diese würde ja ein Wachstum und gedeihliche Entwicklung Liestals verbieten. Ähnlich wie beim Kanton würde eine Defizitbremse, welche in einem Verhältnis zu den Einnahmen stehen würde, wohl mehr Sinn machen. Seit rund 10 Jahren wird mit der Motion Fluri bereits eine solche Defizitbremse verfolgt und gar noch Schulden abgebaut. Intensiv hatte auch der Einwohnerrat in der Vergangenheit an der Sanierung der Finanzen Liestals geschafft. Die Schwarzmalerei wird deshalb nicht ganz verstanden, denn ein ruhiges und objektives Handeln im Zusammenhang mit der Finanzpolitik dürfte doch auch zum Ziel führen.

Markus Meyer (SVP) unterstützt als Mitunterzeichner des Vorstosses die Voten der beiden anderen Postulanten. Er arbeite selbst in einer anderen Gemeinde, welche extreme finanzielle Probleme habe. In den nächsten Jahren werden zusätzliche Kosten auf die Gemeinden zukommen, welche heute noch nicht abgeschätzt werden können. Lieber von Anfang an

schauen und nicht erst am Ende flicken, deshalb ist auch eine Aufwandbremse ein wirksames Mittel.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die Hinweise aus dem Einwohnerrat. Es ist durchaus nicht die Meinung des Stadtrates, dass die Aufwendungen nicht weiterhin gebremst werden sollen. Was nicht geht, ist, dass sich die Kürzungen nur gerade auf die beiden Konten-Gruppen Personalaufwand und Sachaufwand beschränken sollen. Der Stadtrat ist sich der anstehenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Erarbeitung des nächsten Entwicklungsplanes durchaus bewusst. Aufwand und Ertrag müssen in ein Gleichgewicht gebracht werden, wobei die Schlüsselgrösse nach wie vor die Selbstfinanzierung sein soll.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt, das Postulat habe durchaus Sinn gemacht. Vom Rat sind spätestens im Zusammenhang mit dem nächsten Entwicklungsplan Aussagen zu machen, wo künftig Einsparungen vorzunehmen sind. Aufgabe aller Fraktionen sollte es nun sein, dass man sich diesbezüglich schon vorgängig Gedanken macht, damit konkrete Vorschläge zu Beginn der Entwicklungsplan-Beratung eingebracht werden können.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung nimmt der Einwohnerrat von den stadträtlichen Erläuterungen gemäss Vorlage Nr. 2009/83a Kenntnis und schreibt das Postulat Nr. 2009/83 als erfüllt ab.

231 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Bericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/s Jugendbeauftragten (Nr. 2007/154, Nr. 2007/154a, Nr. 2007/154b)

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass der Stadtrat den 2. Antrag der Vorlage Nr. 2007/154b wie folgt ändern möchte: *Der Stadtrat wird beauftragt, einen jährlichen Bericht über die Jugendarbeit der Stadt Liestal verfassen zu lassen, welcher diesen in der Folge dem Einwohnerrat überweist.* Die Präzisierung ist nötig, da ja der Einwohnerrat keiner stadträtlichen Kommission Aufträge erteilen kann.

Corinne Ruesch (GL) nimmt als Postulantin zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/154b Stellung: An der Sitzung vom 29. Oktober 2008 ist der erste stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/154a an den Stadtrat zurückgewiesen worden, da die Fragen der Postulantinnen nicht klar beantwortet wurden. Auch im nun vorliegenden Bericht findet man beispielsweise keine Antworten zur Frage, wie das Jugendkonzept umgesetzt werden soll, weshalb eine Abschreibung des Postulates auch kein Thema in ihrer Fraktion ist. Da der stadträtliche Bericht auch gar nicht auf den Inhalt des Postulates eingeht, könne sie auch keine Stellung zu den stadträtlichen Aussagen nehmen. Zwischen den Zeilen kann sie lesen, wie es um die Jugendarbeit in Liestal steht, was wiederum kein gutes Bild hinterlässt. Wie von Daniel Spinnler an der letzten Ratssitzung gesagt wurde, beschränkt sich die Jugendarbeit nicht alleine auf die Tätigkeiten im Jugendhaus Joy und die Arbeiten der Streetworker. Dass die ganzheitliche Sichtweise betreffend der Jugendarbeit Liestals im Stadtrat noch nicht angekommen ist, zeigt der nun vorliegende Bericht. Leider sind die Jugendkommissionsmitglieder der ersten Stunde nicht mehr in der stadträtlichen Kommission tätig, was darauf zurückgeführt werden könnte, dass ein aktives Mitmachen in der Jugendkommission nicht befriedigend sein dürfte. Die Postulatsbeantwortung wäre eine gute Möglichkeit gewesen, den Rat über den Status Quo sowie das Entwicklungspotential im Jugendbereich informieren zu können. Im Jahre 2007 ist das Postulat an den Stadtrat überwiesen worden und nach drei Jahren hätte erwartet werden dürfen, dass bei der stadträtlichen Antwort etwas mehr Fleisch am Knochen wäre. Ein Management im Bereich Jugend scheint nicht vorhanden zu sein. Vielleicht fehlt es in der Verwaltung an genügend Ressourcen und an Wissen, um diesen Budgetposten managen zu können. Auch fehlt es an einer zukunftsgerichteten Strategie. Die von den Postulantinnen geforderte Stelle könnte genau ein solches Vakuum ausfüllen.

Erika Eichenberger (GL) unterstreicht das Votum ihrer Vorrednerin und stellt fest, dass die Jugendarbeit in Liestal in einer Sackgasse gelandet ist. Die Jugendkommission hat das Problem bezüglich der personellen Besetzung sowie ihrer Konstituierung. Es ist Sache und Aufgabe des Stadtrates, dass man aus dieser Situation wieder rauskommen wird. Für Jugendarbeiten sind die Zuständigkeiten nicht klar geregelt. Gespannt ist man beispielsweise darauf, wie das Jugendhaus die zur Verfügung gestellten Ressourcen einsetzen wird. So wird aber beispielsweise die Frage nicht beantwortet, wer mit welchem Knowhow die Erfolgskontrolle durchführen wird. Auch die Frage, wer für die Koordination der privaten und öffentlichen Angebote, die Kommunikation, eine überkommunale Vernetzung der Jugendarbeit usw. verantwortlich zeichnen wird, bleibt unbeantwortet. Die Gemeinde Therwil sucht genau für solche Aufgaben einen unabhängigen Jugendbeauftragten. Liestal hatte der Schaffung einer solchen Stelle bisher nicht zugestimmt, obwohl die Aufgaben im Zusammenhang mit der Jugendarbeit weiterhin bestehen bleiben. Das Postulat soll auf keinen Fall abgeschrieben, jedoch mit folgendem Zusatzantrag versehen werden: *Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die anstehenden Aufgaben in der Jugendarbeit zeitgemäss und professionell angegangen werden können. Dabei ist auch die Frage nach einem Bereichswechsel in die Diskussion einzubeziehen.*

Walter Leimgruber (SP) sagt, ihm seien beim Durchlesen des stadträtlichen Berichtes doch einige Punkte aufgefallen und Dinge durch den Kopf gegangen. Gibt es beispielsweise für die Jugendkommission auch eine stadträtliche Verordnung, wie dies beispielsweise bei der Integrationskommission der Fall ist? Mit eigener Beteiligung musste er erleben, dass das gut gemeinte Projekt „Jugend mit Wirkung“ mit dem daraus entstandenen Projekt Eisplatz beim Rotackerschulhaus versandet ist. Nachträglich muss man sich schon fragen, ob das zur Verfügung gestellte Geld sinnvoll eingesetzt oder ob nicht einfach Leute verheizt wurden. Die fehlende Stelle in der Verwaltung dürfte ein Grund dafür sein, dass solche Projekte sterben, da keine Kontinuität und kein Knowhow vorhanden ist. Gut und wichtig ist, dass sich Streetworker, Fachleute, Funktionsträger wie die Stadtpolizei usw. regelmässig betreffend der offenen Szene treffen und eine Zusammenarbeit weiterhin klappt. Auch er ist der Meinung, dass die Jugendarbeit nicht alleine eine Gemeindeaufgabe sein kann. Überregionale oder kantonale Projekte könnten beispielsweise von den Landratsmitgliedern des Bezirks im Kantonsparlament thematisiert werden. Erstaunt hatte er dem Bericht entnommen, dass Lehrpersonen für die Jugendarbeit freigestellt werden sollen, denn dies war nicht die Idee der Postulantinnen. Bezüglich dem Quervergleich mit anderen Gemeinden wird vom Stadtrat festgehalten, dass man in Liestal betreffend der Jugendarbeit eigentlich gar nicht so schlecht dastehe. Berufshalber habe er mit Jugendzentren in anderen Baselbieter-Gemeinden zu tun. So würde sich beispielsweise ein Besuch im Jugendfreizeithaus in Allschwil lohnen, damit man an Ort sehen kann, was diese Gemeinde an Gebäuden, Angeboten, Geldern und Ressourcen etc. für die Jugendarbeit anbietet. Auch Binningen wäre ein weiteres gutes Beispiel. Es geht wirklich nicht alleine um die offene Jugendarbeit, sondern beispielsweise auch um die Vereine, welche in der Jugendarbeit tätig sind und beispielsweise bei Fragen und Problemen eine Kontaktstelle der Gemeinde aufsuchen könnten.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) kann mit dem stadträtlichen Bericht nicht viel anfangen, da diesem irgendwie Hände und Füsse fehlen. Sie hatte sich an Herrn Guido Langenegger, Leiter der offenen Jugendarbeit, gewendet und bei einem ausführlichen Gespräch doch einige wichtige Punkte erfahren. Einiges läuft bereits, verschiedene Projekte sind bereits geplant oder bereits aufgegleist und es ist auch schon eine recht gute Vernetzung vorhanden. Gut wäre es, wenn man den Einwohnerrat darüber informieren würde, welche Projekte geplant sind und welche unterstützt werden sollten. Ihre Fraktion hatte sich eigentlich für eine Abschreibung des Postulates ausgesprochen. Der Zusatzantrag der Postulantin macht Sinn, doch frage sie sich, ob es nicht besser wäre, das Postulat Nr. 2007/154 abzuschreiben, damit ein neuer Vorstoss eingereicht werden könnte, in welchem auch der heute formulierte Zusatzantrag einfließen könnte.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion werde der Abschreibung des Postulates zustimmen, da der Bericht durchaus genug Fleisch am Knochen habe. In den Vereinen wird sehr viel Jugendarbeit geleistet. Dass Randgruppen vorhanden sind, ist unbestritten. Man muss jedoch aufpassen, dass nicht alles immer geregelt und von der Öffentlichkeit organisiert wird, wenn man gleichzeitig sparen soll. Die jetzige Unterstützung der Jugendarbeit in Liestal sollte eigentlich genügen, denn es sind Angebote sowie Kontaktstellen für die Jugendlichen vorhanden.

Enrico Kiefer (FDP) kann sich dem Votum des SVP-Fraktionssprechers anschliessen. Auch die FDP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Regula Nebiker (SP) orientiert, dass sich einige Ratsmitglieder ihrer Fraktion mit einer nochmaligen Rückweisung des stadträtlichen Berichtes nicht anfreunden können. Wie bereits gesagt wurde, würde es vermutlich mehr Sinn machen, das Postulat abzuschreiben und einen neuen Vorstoss auf einer anderen Basis einzureichen.

Corinne Ruesch (GL) meint, dass bezüglich der Schaffung einer Jugendbeauftragten-Stelle doch Missverständnisse vorliegen dürften. Die beantragte Stelle soll nicht Jugendarbeit machen, sondern diese soll vielmehr für das Management, die Koordination, die Kontrolle betreffend den eingesetzten Mitteln usw. verantwortlich zeichnen. Vor drei Jahren wurde ihr Postulat überwiesen und man habe Befürchtungen, dass auch ein neuer Vorstoss wieder auf die lange Bank geschoben wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Votum von Walter Leimgruber und informiert darüber, dass betreffend der Jugendarbeit bereits ein Vorstoss im Landrat eingereicht wurde. Dieser ist auf die morgige Landratssitzung traktandiert.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu vorgängig gemachten Aussagen sowie gestellten Fragen der Ratsmitglieder Stellung: Die Jugendkommission ist vom Stadtrat primär ins Leben gerufen worden, damit der sogenannten gesunden bzw. funktionierenden Jugend eine Stimme gegeben werden kann. Auch für die Jugendkommissionsarbeit ist vom Stadtrat eine Verordnung erlassen worden. Die Jugendlichen in Liestal sind sehr gut aufgehoben sowie vernetzt. Der Bedarf an vermehrten Aktivitäten in der Jugendarbeit ist gar nicht spürbar. Es soll nicht künstlich ein Bedarf für etwas geschaffen werden, was funktioniert. Alle Jugendlichen mit Anliegen und Problemen können bei der Stadtverwaltung vorbeikommen und werden auch betreut. Es kann nicht der Realität entsprechen, dass die Stadt beispielsweise nach dem „Tag der Mitwirkung“ einen Vorschlag von sechs Jugendlichen für einen eigenen Chat-Raum ausserhalb des Joy hätte weiter verfolgen sollen. Das Vorprojekt betreffend dem Haus zur Allee ist in der Endphase und kommt demnächst in den Stadtrat. Das Jugendzentrum in Allschwil kenne sie persönlich gut, welches von einer Super-Leitung geführt wird. Die Wechsel in der Jugendkommission sind auch damit zu begründen, dass diese personell mit jungen Leuten besetzt ist, welche beispielsweise auch häufiger ihren Wohnsitz wechseln. Der vorgeschlagene und beantragte Wechsel der Jugendarbeit vom Bereich Soziale Dienste in den Bereich Bildung dürfte nicht dem Wunsch sowie den Vorstellungen der Jugendlichen selbst entsprechen, da diese in ihrer Freizeit nicht noch mit Lehrkräften und dem Schulbereich zu tun haben möchten. Eine Projektleitung hatte das Eisplatz-Projekt wohl aufgegleist geprüft, doch wegen dem fehlenden Netzwerk ist es dann Frühling geworden, bevor dieses Projekt umgesetzt werden konnte.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Anträge werden verlesen und der Rat über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

- ://: Der Zusatzantrag von Postulantin Erika Eichenberger wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.
- ://: Mit grossem Mehr wird das Postulat Nr. 2007/154 gemäss Antrag des Stadtrates als erfüllt abgeschrieben.
- ://: Dem abgeänderten Stadtratsantrag (Neuformulierung: Der Stadtrat wird beauftragt, einen jährlichen Bericht über die Jugendarbeit der Stadt Liestal verfassen zu lassen, welcher diesen in der Folge dem Einwohnerrat überweist) wird mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme zugestimmt.

P A U S E / Unterbruch der Ratssitzung von 19.30 – 20.00 Uhr

• **Traktandenlisten-Änderung**

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass von Daniel Spinnler (FDP) während der Pause der Antrag deponiert wurde, dass die beiden Vorstösse

- *Verfahrenspostulat „Sitzungsgeld-Reduktion für den Einwohnerrat“
(Nr. 2010/147)*

und

- *Motion „Sitzungsgeld-Reduktion“ für Behörden, Kommissionen, Nebenfunktionen“
(Nr. 2010/148)*

nach der Pause bzw. dem Postulat Nr. 2011/156 behandelt werden. Der Antrag wird damit begründet, dass der Verfasser der beiden Vorstösse die heutige Sitzung vorzeitig verlassen muss und sich für die nächste Ratssitzung vom 06. April 2011 entschuldigen lassen muss.

://: Mit grossem Mehr wird der beantragten Traktandenlistenänderung zugestimmt.

• **Trakt. 7 – Postulat „Stelle Jugendbeauftragte/r“ - Nachtrag**

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf das vorgängig der Pause behandelte Geschäft betreffend der Jugendbeauftragten-Stelle. Während der Pause ist ihr zugetragen worden, dass sie den Jugendhausleiter in Allschwil gelobt habe. Damit wollte Sie keinesfalls Herrn Guido Langenegger bzw. sein Engagement und Wirken als engagierter Leiter des Jugendhauses Liestal weniger würdigen.

232 0.01.011.01 Einwohnerrat

**8. Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion
betreffend „Direkte Verbindung Spitalunterführung – Erzen-
bergstrasse“ (Nr. 2011/156)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Elisabeth Augstburger
CVP/EVP/GLP-Fraktion*

25. Januar 2011

Postulat

Direkte Verbindung Spitalunterführung - Erzenbergstrasse

Durch den Bau der HPL (H2) wurde aus Sicherheitsgründen der Fuss- und Veloweg zur Spitalunterführung umgeleitet. Die Fussgänger und die Velofahrer müssen nun ca. 300 m der Erzenbergstrasse entlanglaufen und können erst dann in einen Weg einbiegen, bei dem man auf einem Umweg zur Spitalunterführung gelangt.

Dieser Weg, entlang der Erzenbergstrasse, ist für die Fussgänger gefährlich, da das schmale Trottoir nicht optimal von der Strasse abgegrenzt ist.

U. a. laufen Schülerinnen und Schüler vom Mühlemattschulhaus. 3 x wöchentlich diesen Weg, um im Fraumattschulhaus zu turnen.

Nach Auskunft von Fachpersonen besteht nun die Möglichkeit, auf der Höhe der Plakatwand durch das Wäldchen einen provisorischen Fussweg (Steg) zu erstellen, auf welchem man problemlos zur Spitalunterführung kommt.

Die Fussgänger und Velofahrer hätten mit dieser einfachen Lösung einen kürzeren und sicheren Weg. Viele BewohnerInnen aus dem Fraumatt- und dem Kessel-Quartier, aber auch LehrerInnen des Mühlemattschulhauses wären dafür sehr dankbar.

Ich bitte den Stadtrat, einen Steg zur Spitalunterführung zu prüfen.

Elisabeth Augstburger

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) äussert sich als PostulantIn und stellt fest, dass der Steg überhaupt kein Problem ist und mit wenig finanziellen Mitteln realisiert werden könnte. Wie bereits eingangs der Sitzung erwähnt, ist der Kanton bereit, das Nötige zu veranlassen, braucht aber hierfür einen politischen Auftrag der Stadt Liestal. Dem Stadtrat wird für die Übernahme ihres Vorstosses gedankt. Ergänzend möchte sie anregen, dass sich die Anwohnerschaft daran gestört habe, dass man sie bezüglich der Schliessung des Weges nicht informiert habe.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass das Stadtbauamt Herrn Rauter der Bau- und Umweltschutzdirektion BL diesbezüglich bereits kontaktiert habe. Man ist mit dem Kanton übereingekommen, dass die Projektrealisierung bei besserem Wetter vorgenommen wird. Das heisst, dass der Steg zur Spitalunterführung gemäss Begehren der PostulantIn in den nächsten Wochen gebaut wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) kann sich in Anbetracht der Zusage von Stadtrat Ruedi Riesen damit einverstanden erklären, dass ihr Postulat an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2011/156 an den Stadtrat überwiesen.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2011/156 abgeschrieben.

233 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Verfahrenspostulat von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sitzungsgeld-Reduktion für den Einwohnerrat (Nr. 2010/147)

Das Verfahrenspostulat hat folgenden Wortlaut:

*Daniel Spinnler
FDP-Fraktion*

Verfahrenspostulat – Sitzungsgeld-Reduktion für den Einwohnerrat

Die Finanzlage der Stadt Liestal sieht nicht rosig aus. Der Finanzausgleich hat den Finanzen der Stadt Liestal eine im 2009 nicht klar bekannte Entlastung von 1.5 Mio. Franken eingebracht (siehe Beantwortung der Fragen der SP Fraktion). Zusätzlich entlastet der Kanton die Stadt mit den Beiträgen an den Unterhalt von Schulanlagen mit rund 650'000 Franken pro Jahr. Diese Entlastung dauert bis rund 2015 – fällt dann aber weg.

Trotzdem wird mittlerweile die angestrebte Selbstfinanzierung kaum erreicht, weil die Ausgaben an anderen Orten massiv angestiegen sind bzw. mit dem Voranschlag 2010 Zusatzausgaben (neues Personal, Unterhalt, etc.) beantragt wurden. Reduktionen der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen waren dem Stadtrat und Einwohnerrat allerdings schon seit Jahren bekannt.

Schliesslich kann man dem Entwicklungsplan entnehmen, dass nun eine Selbstfinanzierung von 4.3 Millionen angestrebt werden sollte, damit die Schulhäuser und allfälliger Nachholbedarf im Tiefbau ebenfalls finanziert werden können, ohne wiederum Schulden aufzubauen.

Um die Finanzen im Lot zu halten, muss gespart werden. Wohl auch deshalb beantragt die Finanzkommission, den Aufwand im Budget um 500'000 Franken zu reduzieren.

Die Sparsbemühungen kann der Einwohnerrat zusätzlich unterstützen, in dem der zu Beginn der Legislatur gefällte Entscheid, die Sitzungsgelder zu erhöhen, massvoll korrigiert wird. Man erinnere sich: Die Entschädigungen wurden um 10 Franken von 30 Franken auf 40 Franken pro Stunde bzw. um 33% erhöht! In der Folge mussten die Sitzungsgelder für andere Behörden und die stadträtlichen Kommissionen ebenfalls nach oben angepasst werden. Sofern der Einwohnerrat dieses Verfahrenspostulat überweist, kann der Stadtrat beauftragt werden die Sitzungsgelder ebenfalls anzupassen und so die Finanzen zusätzlich zu entlasten (siehe beiliegende Motion).

Die Finanzkommission wird beauftragt eine Vorlage zur Reduktion der Entschädigungen des Einwohnerrates von 40 Franken pro Stunde auf 35 Franken pro Stunde zuhanden des Einwohnerrates auszuarbeiten (Pauschalen sind entsprechend anzupassen).

Liestal, 14. Dezember 2010

*Daniel Spinnler
FDP-Fraktion*

* * * * *

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, die Behandlung des Verfahrenspostulates von Daniel Spinnler richte sich nach § 51 des ER-Geschäftsreglements. Das Büro gibt betreffend der Postulatsüberweisung keine Empfehlung ab. Zuerst habe der Rat darüber zu entscheiden, ob das Verfahrenspostulat überhaupt überwiesen werden soll oder nicht. Sollte der Rat einer Überweisung zustimmen, müsste dieser in einem nächsten Schritt noch entscheiden, ob das Verfahrenspostulat von der FIKO gemäss Vorschlag des Postulanten oder vom Büro zu beraten wäre.

Daniel Spinnler (FDP) hält als Postulant fest, dass die von ihm eingereichten Vorstösse Nr. 2010/147 und Nr. 2010/148 zusammen beraten werden können, da diese indirekt auch zusammenhängen. Der Rat könnte seinen Sparwillen signalisieren, indem er den beiden Vorstössen zustimmen würde. Sein Antrag betreffend der Vorberatung des Verfahrenspostulates durch die FIKO beruht darauf, dass die FIKO gemäss Gemeindeordnung für die Ausschaffung der entsprechenden reglementarischen Bestimmungen verantwortlich gezeichnet hatte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass ihre Fraktion das Verfahrenspostulat an das Büro überweisen möchte.

Matthias Zimmermann (SP) äussert, die SP-Fraktion spreche sich gegen die Überweisung der beiden Vorstösse aus. Die Sitzungsgeld-Anpassung während der laufenden Legislaturperiode ist eine Zwängerei, generiert viel Arbeit und bringt finanziell nicht viel. Eine Sitzungsgeld-Reduktion ist demotivierend für all diejenigen, welche für die Stadt Liestal etwas leisten, zumal die Entschädigung ohnehin schon nicht gross ist, berücksichtigt man beispielsweise die unbezahlten Arbeiten der Kommissionsmitglieder vor und nach den Sitzungen. Die Reduktion der Entschädigungsansätze dürfte genau in die falsche Richtung laufen, denn die Entschädigungen sollten so hoch sein, dass auch Leute mit einem geringeren Einkommen am politischen Geschehen aktiv teilnehmen können, ohne dass ihr Engagement noch finanzielle Nachteile mit sich bringen würde.

Hanspeter Zumsteg (GL) unterstreicht das Votum seines Vorredners. Es kann in einem gut funktionierenden Parlamentsbetrieb nicht sein, dass der Rat die anfangs der Legislaturperiode festgelegten Entschädigungsansätze nach zwei Jahren wieder ändert. In der Motion ist das neue populistische Schlagwort „Sparen tut Not“ kreiert worden. Mit diesem dramatischen Vorstoss will die FDP-Fraktion rund 60'000 Franken sparen, was gerade einmal 0,15 Steuerprozent ausmacht. Genau die gleiche Fraktion möchte aber das Parkhaus Rebgarten mit 1,8 Mio. Franken finanzieren. Nicht alle können es sich leisten, auf Kosten ihres normalen Verdienstes so viel Zeit für die Politik zu investieren. Und so kann es nicht sein, dass der Einsitz in Behörden nur Privilegierten bzw. finanziell besser Gestellten vorbehalten bleibt. Der Vorstoss läuft scheinbar nach dem Motto „Freisinnig dort sparen, wo es selbst am wenigsten weh tut“. Die Grüne Fraktion spreche sich klar gegen die beiden Vorstösse aus.

Beat Gränicher (SVP) sagt, seine Fraktion lehnt beide Vorstösse von Daniel Spinnler betreffend der Sitzungsgeld-Reduktion ab. Eine Sitzungsgeldanpassung sollte jeweils anfangs Legislaturperiode diskutiert und für die nächsten vier Jahre festgelegt werden. Vor wenigen Tagen habe er den Lohnausweis der Stadt betreffend den Sitzungsgeldern 2010 erhalten. Für die entschädigten Stundenansätze würde sich wohl nicht einmal eine Raumpflegerin anstellen lassen. Die beiden Vorstösse ordnet er der FDP-Wahlpropaganda zu, doch sind diese hier am falschen Ort.

Pascal Porchet (FDP) stellt fest, dass das Niveau der Voten sinke. Die persönlichen Angriffe auf einzelne Personen oder Parteien sind deplatziert. Auch er finde das Votum von Hanspeter Zumsteg populistisch, doch werde er dieses nicht weiter kommentieren.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend der Überweisung keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 8 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wird das Verfahrenspostulat Nr. 2010/147 nicht überwiesen.

234 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Motion von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend Sitzungsgeld-Reduktion der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (Nr. 2010/148)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*Daniel Spinnler
FDP-Fraktion*

Motion bzgl. Sitzungsgeld-Reduktion der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen

Sparet tut Not. Mit dieser Motion soll der Stadtrat beauftragt werden, gebundene Ausgaben in der laufenden Rechnung zu senken.

Diese Motion ist mit der Annahme des Verfahrenspostulats bzgl. Sitzungsgeld-Reduktion des Einwohnerrates verknüpft. Detailliertere Informationen zu den Beweggründen der Motion können dem Verfahrenspostulat entnommen werden.

Der Stadtrat wird beauftragt dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Reduktion der Entschädigungen für übrige Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen von 40 Franken pro Stunde auf 35 Franken pro Stunde zu unterbreiten (insbesondere Anpassung §4 Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 19.12.2001 (142.1)).

Liestal, 14. Dezember 2010

*Daniel Spinnler
FDP-Fraktion*

* * * * *

Daniel Spinnler (FDP) hält als Motionär fest, dass er bereits beim vorgängigen Traktandum erwähnt habe, dass die beiden Vorstösse zusammengehören. In Anbetracht des vorhergehenden Entscheides, dass das Verfahrenspostulat Nr. 2010/147 nicht überwiesen wird, ziehe er seine Motion Nr. 2010/148 zurück.

235 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Bericht Stadtrat zum Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion, Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ersatzparkplätzen während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor (Nr. 2010/111, Nr. 2010/111a)

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt stellvertretend für die Postulanten zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/111a Stellung: Dem Stadtrat wird für die Beantwortung des Vorstosses gedankt. Die Anliegen der Gewerbetreibenden müssen ernst genommen werden. Die jetzige Parkplatzbewirtschaftung ist eine Art Pflästerli-Politik, ist es doch schwierig, für die wegfallenden Parkplätze beim Parkhaus Bücheli, beim Wasserturmplatz etc. ebenbürtige Parkflächen zu finden. Erfreulich ist natürlich, dass es mit dem Neubau des Manor-Parkhauses vorwärts gehe und diverse neue Parkplätze im QP Rebgarten, beim Ziegelhof-Areal usw. geplant sind. Nach der Wiedereröffnung der Strassencafés fallen weitere temporäre Parkplätze weg. Er konnte sich selbst auch schon mehrmals davon überzeugen, dass zu den besten Zeiten viele Parkplätze frei sind. Das könnte damit zusammenhängen, dass betreffend der Parkplatzproblematik der letzten Jahre ein paar verärgerte Kunden schon gar nicht mehr ins Stedtli kommen. Künftig sollten deshalb nicht noch zusätzlich Kunden vergault werden. Eine mögliche Verbesserung wäre ohne grösseren Aufwand möglich, indem man mit einer besseren Beschilderung auf die öffentlichen Parkplätze hinweisen würde. Die geplanten Ersatzparkplätze auf dem Manor-Nachbargrundstück können leider nicht genutzt werden, da das Cueni-Areal als Bauplatzinstallation genutzt wird. Bekannt ist auch, dass viele Dauerparkierer im Stedtli einer bekannten Gewerbler-Fraktion angehören. Vermutlich dürfte sich ein tägliches Bussenverteilen bezahlt machen. Die Forderungen der Postulanten sind nur teilweise erfüllt, trotzdem können sich die Postulanten mit der Abschreibung ihres Vorstosses einverstanden erklären.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ist erfreut darüber, dass in den letzten Wochen neue provisorische Parkplätze bei der Rebasse realisiert wurden, doch sollte auf diese mit Hinweisschildern aufmerksam gemacht werden. Interessieren würde sie noch, weshalb bei der Kaserne 2 – 3 Parkplätze für die Feuerwehr reserviert sind.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass beim Konrad Peter-Areal 100 provisorische Parkplätze geschaffen wurden, rund die Hälfte aber immer unbelegt ist. Betreffend der Nutzung des Manor-Grundstücks laufen bereits Gespräche mit dem Baugeschäft. Weitere provisorische Parkplätze entlang der Büchelistrasse sind aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich. Die von Vreni Wunderlin erwähnten Feuerwehr-Parkplätze haben ihre Berechtigung. Ergänzend zum stadträtlichen Bericht möchte er bereits an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass nach der Manor-Neueröffnung mit 350 Parkplätzen die oberirdischen Parkplätze grundsätzlich in Frage gestellt werden müssen. Denn es kann nicht sein, dass man auch künftig auf den Parkplätzen in zentraler Lage weiterhin gratis parkieren kann. Auch das Parkraumkonzept muss überarbeitet werden, so wurden beispielsweise vor kurzer Zeit nach einem Grundstückverkauf am Brunwegli nach zwei Tagen die Tarife erhöht. Es ist wohl nicht nur für ihn unverständlich, dass die stadt-eigenen Parkplätze gratis zur Verfügung stehen und die Gebühren für die Privat-Parkplätze wie beispielsweise im Engel-Parkhaus laufend angepasst und erhöht werden. Auch in finanzpolitischer Hinsicht sollte man ehrlich sein und die öffentlichen oberirdischen Parkplätze zu Gunsten der Parkhaus-Parkplätze verteuern.

Hanspeter Meyer (SVP) kann die Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen unterstützen, dass nach dem Manor-Neubau die Lage neu beurteilt bzw. das Parkplatzkonzept angepasst wird. Während des Manor-Bauvorhabens muss aber von der Stadt das Möglichste bezüglich der Schaffung von Ersatzparkplätzen getan werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2010/111 als erfüllt abgeschrieben.

236 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Jahresprogramm 2011 (Nr. 2010/149)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bittet die Fraktionssprecher, sich zum Jahresprogramm 2011 des Stadtrates zu äussern, und stellt fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Meret Kaufmann (GL) merkt an, dass das im Jahresprogramm 2011 formulierte Ziel beim Berichtspunkt 6.2 „Jugend“ bezüglich dem „Vorprojekt Sanierung/Ausbau Haus zur Allee“ exakt dem Lösungsansatz des Jahresprogrammes 2010 entspricht. Es scheint so, als drehe sich dieses Geschäft im Kreis.

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, seine Fraktion nehme zustimmend vom Jahresprogramm 2011 Kenntnis. Unter dem Berichtspunkt „Standort Liestal“ wäre es schön gewesen, wenn bezüglich der Entwicklung als Wohn- und Arbeitsort ergänzend Liestal auch noch als Einkaufsort erwähnt worden wäre. Bezüglich der geplanten Zertifizierung im Bildungsbereich stelle man in seiner Fraktion die Kosten und den Nutzen in Frage, zumal solche Zertifizierungen viel kosten und das Personal zusätzlich beanspruchen. Gemäss Berichtspunkt 5.2.2 soll die 2. Etappe der Aussenraumgestaltung in der Kanonengasse im Sommer 2011 realisiert werden. Die Zulieferung in die Kanonengasse erfährt schon heute wegen dem Manorbauvorhaben einige Einschränkungen. Sind die geplanten Arbeiten mit dem Gewerbe abgesprochen? Erfreut nimmt man zur Kenntnis, dass sich die Stadt beim Entflechtungsbauwerk der SBB einbringen kann, womit auch die Anliegen der Anwohner sowie Bevölkerung Liestals seitens Stadt deponiert werden können.

Regula Nebiker (SP) erklärt, ihre Fraktion habe sich auch betreffend der Form der Jahresprogramme unterhalten. Die Jahresprogramme werden immer dünner und die darin enthaltenen formulierten Ziele sind grösstenteils bereits im Entwicklungsplan sowie Voranschlag erwähnt worden. Dem Stadtrat wird empfohlen, die Integration des Jahresprogrammes in den Voranschlag zu prüfen, obwohl dies zur Folge haben könnte, dass die darin enthaltenen Zielsetzungen nur noch finanzpolitisch und nicht mehr inhaltlich diskutiert werden. Ihre Fraktion wird dem Jahresprogramm 2011 zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) unterstützt den Vorschlag seiner Vorrednerin, dass Voranschlag und Jahresprogramm künftig in einem Dokument dem Rat unterbreitet würden. Dabei sollte die Nummerierung des Jahresprogrammes und des Voranschlages kohärent sein. Im Jahresprogramm 2010 sind verschiedene Ziele wie beispielsweise die naturgerechte Wiederherstellung des Weihers beim Bad Schauenburg, die Erstellung eines Projektes betreffend der Gestaltung des Lüdin-Parks, Bioklappen für Mehrfamilienhäuser usw. formuliert worden. Von den zitierten Zielen habe man aber zwischenzeitlich nichts mehr gehört und gelesen.

Stadtrat Peter Rohrbach orientiert, dass auch im Kanton die Zusammenlegung von Voranschlag und Jahresprogramm sowie Amtsbericht und Rechnung diskutiert werden. Der Stadtrat findet die Zusammenlegung dieser Berichte und Vorlagen ebenfalls sinnvoll und wird zur gegebenen Zeit dem Rat einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, die Autofahrer werden oftmals gegen die Fussgänger und Velofahrer ausgespielt. Seine Fraktion habe erfreut davon Kenntnis genommen, dass gemäss Punkt 5.4.2 „Langsamverkehr“ nun diesbezügliche Verbesserungsmassnahmen im Jahr 2011 umgesetzt werden sollen. Es wäre noch sicherzustellen, dass die vom Rat beschlossene Umsetzung der Veloradrouen auch im neuen Entwicklungsplan 2012-2016 unter den strategischen Zielsetzungen usw. aufgenommen wird. Die Grüne Fraktion wird dem Jahresprogramm 2011 zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet es wichtig, dass die GPK den Jahresbericht als Basis für die Vorberatung des Amtsberichtes nehmen kann.

Philipp Senn (SP) nimmt Bezug auf den Berichtspunkt 2.6 „Bewilligungswesen/Kataster“ und möchte vom Stadtrat wissen, ob man diesbezüglich mit massiv höheren Gebühren rechnen muss.

Stadtpräsidentin Regula Gysin beantwortet die Frage von Philipp Senn damit, dass von den höheren Bewilligungsgebühren insbesondere auswärtige Vereine betroffen sein werden.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf das Votum von Hanspeter Meyer betreffend der Kantonengasse und erklärt, dass die verschiedenen Hoch- und Tiefbauarbeiten zu koordinieren sind. Bereits heute ist die Zulieferung und das Ausladen entlang der Büchelistrasse problematisch.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2011 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

237 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Postulat der SP-Fraktion, der Grünen Fraktion und der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Verbleib von Velo-Putz und –Flick-Tag (PUFLI) an Rathausstrasse (Nr. 2010/137)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*SP-Fraktion
Fraktion der Grünen
EVP/CVP/GLP-Fraktion*

Postulat Velo-Putz-und-Flick-Tag (PUFLI) bleibt in der Rathausstrasse

Im Mai 2010 führte Pro Velo zum 10. Mal den Pufli in der Rathausstrasse durch. Gemeinsam Velos für die warme Jahreszeit zu rüsten, motiviert fürs Velofahren und macht viel mehr Spass. Sei es alleine oder gleich mit der ganzen Familie, sei es ein Velo oder seien es nacheinander drei oder vier, alles kommt vor am Pufli. Geputzt wird vom Oldtimer über das Mountainbike bis zum Stadtrenner. Lumpen, Werkzeug, Schmiere sind gratis vorhanden und für dazwischen oder danach Kaffee, Kuchen, Sandwich und Getränke ... und gute Gespräche

Auch beim Pufli steht die Sicherheit an oberster Stelle. Vor Ort checken die Velomechaniker gratis die ausgehenden Velos auf ihre Betriebssicherheit.

Der Pufli ist die Frühlings-Demonstration der Pro Velo für die menschen- und umweltfreundliche Mobilität im städtischen Raum.

Nachdem schon im Herbst 2009 die mündliche und im April 2010 die schriftliche Bewilligung der Stadt vorlag, erhielt Pro Velo Baselland kurzfristig die Mitteilung, der Pufli dürfe nicht in der Rathausstrasse durchgeführt, sondern müsse in die Allee verlegt werden. „Die KMU Liestal und der Stadtrat wünschten dies“. Die Plakate waren gedruckt, für die örtliche Verschiebung war es zu spät. Die Einwände von Pro Velo waren erfolgreich, der Pufli konnte, wie bisher, in der Rathausstrasse durchgeführt werden.

Pro Velo sieht vor, den Velomarkt -„wer ein Fahrrad zu verkaufen hat, bringts, Pro Velo besorgt“-, tatsächlich an einem andern Ort durchzuführen, da seine Grösse schlecht kontrollierbar ist.

Die Unterzeichnenden sind der Meinung, dass der eigentliche Velo-Putz-und-Flick-Tag weiterhin zentral in der Rathausstrasse durchgeführt werden soll.

Wir bitten den Stadtrat, dieses Anliegen wohlwollend zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Liestal, 20. September 2010

Für die Fraktion der

*SP:
Ernst Burkhardt*

*EVP/CVP/GLP:
Vreni Wunderlin*

*Grünen:
Erika Eichenberger*

* * * * *

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt stellvertretend für die Postulanten, der Inhalt des Vorstosses sei ja selbsterklärend. Es ist wichtig, dass solche Aktionen weiterhin an der Rathausstrasse durchgeführt werden können. Ein Verdrängen von solchen Anlässen an dezentraler Lage und ohne Laufpublikum ist für die Veranstalter nicht interessant. Solche Anlässe beleben zudem die Rathausstrasse, da sie mit Sicherheit mehr Leute ins Stedtli bringen. Auch können die Anlässe so organisiert werden, dass die Geschäfte entlang nicht behindert werden, sondern eher noch davon profitieren können. Der nächste PUFLI-Anlass steht am 07. Mai 2011 vor der Tür, und der Stadtrat wird gebeten, diesen nicht in die Allee zu verbannen. Der Postulatsüberweisung sollte deshalb zugestimmt werden.

Erika Eichenberger (GL) sagt, es könne ja wohl nicht sein, dass im Einwohnerrat über jeden Stand in der Rathausstrasse diskutiert werde. Sie ist der Meinung, dass die Rathausstrasse dem Gewerbe, der Anwohnerschaft und auch der ganzen Bevölkerung Liestals gehört. Der jährlich wiederkehrende PUFLI-Anlass lockt viel Publikum ins Stedtli und belebt dieses auf kleinem Raum auf eine positive Art. Ein solcher Anlass in der Allee hätte sicher nicht mehr die gleiche Wirkung betreffend Sehen und Gesehen werden. Sie hoffe auf einen wohlwollenden Wiedererwägungsentscheid des Stadtrates, welcher sich vielleicht einmal grundsätzlich darüber Gedanken machen sollte, welche Anlässe sowie Stände ins Stedtli gehören und welche nicht. Vermutlich schrecken die aktuellen Marathon- und Slalomläufe um die Wahlkampf-Stände die Leute mehr von einem Stedtlibesuch ab, als dies der PUFLI-Anlass tut.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, dass Ernst Burkhardt als Mitunterzeichner des Postulates ja nicht im Einwohnerrat sei und er deshalb stellvertretend noch einige Punkte festhalten möchte. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für die Überweisung des Postulates an den Stadtrat. Ergänzend zu den bereits vorgängig erwähnten Argumenten ist festzustellen, dass das Velo ein wichtiges Transportmittel für viele Kunden ist, welche ihre Einkäufe im Stedtli tätigen. Ihm persönlich ist es auch unverständlich, dass die Läden in der Rathausstrasse jährlich stattfindende Anlässe wie beispielsweise den PUFLI-Aktionstag mit zusätzlichem Publikum nicht zum eigenen Vorteil besser nutzen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin begründet die ablehnende Haltung des Stadtrates betreffend der Postulatsübernahme damit, dass die Kompetenz betreffend der Rathausstrassen-Belegung an die Verwaltung delegiert wurde. Von der Abteilung Belegungswesen wurde ein Konzept erarbeitet, zu welchem sich die Anwohnerschaft, Vereine, Veranstalter, Gewerbetreibende usw. innert einer Vernehmlassungsfrist äussern konnten. Der Stadtrat hat vom Konzept Kenntnis genommen, in welchem unter anderem geregelt ist, welche Anlässe auch weiterhin in der Rathausstrasse stattfinden werden. Gemäss diesen Kriterien soll nun der PUFLI-Anlass neu in der Allee stattfinden. Wie sie vor kurzer Zeit erfahren habe, prüft die IG Velo die Verlegung des PUFLI auf den Postplatz in die Nähe der Velostation.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 19 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2010/137 an den Stadtrat überwiesen.

238 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Schlussbericht Stadtrat zum Postulat „Sauberes Liestal“ von Hans-Rudolf Schafroth der SVP/CVP/EVP-Fraktion (Nr. 2006/102, Nr. 2006/102a, Nr. 2006/102b)

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) nimmt als Postulant zum Bericht gemäss Vorlage Nr. 2006/102b Stellung und dankt dem Stadtrat für die positive Aufnahme seines Vorstosses. Wohl nicht nur ihm sei bewusst, dass auch nach der Abschreibung des Postulates als Daueraufgabe weitere Massnahmen nötig sind, um die Verschmutzung des öffentlichen Raumes zu vermindern. Er hoffe, dass die Pendenz „Repression“ beziehungsweise die diesbezügliche Polizeireglement-Anpassung vom Stadtrat baldmöglichst erledigt wird. Auch die hier Anwesenden können mit wenig Aufwand einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass das Stedtl wieder sauberer wird. Auf kantonaler Ebene wird anscheinend eine Initiative lanciert, welche eine Polizeigesetzanpassung betreffend dem Littering fordert. Er kann sich als Postulant mit der Abschreibung des Postulates einverstanden erklären.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Stadt Liestal einiges für ein sauberes Liestal unternimmt. Ebenfalls kann er bestätigen, dass die vom Postulanten erwähnte Initiative in Kürze beim Kanton eingereicht wird. Damit soll den Ordnungshütern die Möglichkeit gegeben werden, bei Litteringsündern massvoll, aber entschieden eingreifen zu können. Auch seine Fraktion wird der Abschreibung des Postulates Nr. 2010/106 zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) weist darauf hin, dass sich auch die Politiker vermehrt den Spiegel vor die Augen halten und Vorbild sein sollten. Denn, fährt man aktuell durch das Baselbiet, so muss man feststellen, dass die unzähligen Wahlplakate für die bevorstehenden Regierungsrats- und Landratswahlen im Moment die grösste Verunstaltung und Sauerei sind. Auch diesbezüglich sollte vielleicht einmal ein Vorstoss beim Kanton eingereicht werden.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, sie könne den vorgängigen Voten entnehmen, dass man im Grossen und Ganzen doch mit den bereits getroffenen Massnahmen zufrieden sei. Bezüglich der erwähnten Repressionen und Bussen kann sie darüber informieren, dass die Polizeireglement-Änderung bereits vom Kanton vorgeprüft wurde und demnächst im Stadtrat wieder thematisiert wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Abschlussbericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2006/102 als erfüllt abgeschrieben.

239 0.01.011.01 Einwohnerrat

15. Bericht Stadtrat zum Postulat „Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100 % erneuerbarer Energie“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2010/107, Nr. 2010/107a)

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt als Postulant Bezug zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/107a und stellt fest, dass sich Liestal mit dem Erwerb des Labels „Energie-stadt“ im Standortwettbewerb besser positionieren kann. Im Kanton Basel-Landschaft gibt es bereits zahlreiche Gemeinden, welche bereits auf 100% erneuerbare Energie setzen oder dies in Kürze noch tun wollen. Richtig glaubwürdig ist die Stadt nur dann, wenn sie ebenfalls mit gutem Beispiel vorangeht. Im Bericht anerkennt der Stadtrat auch grundsätzlich die Zielrichtung seines Vorstosses. Die Gesamtkosten für den Bezug 100% erneuerbarer Energie werden im Bericht auf 58'000 Franken pro Jahr beziffert. Es ist angesichts der engen Finanzen nachvollziehbar, dass nur ein Teil offeriert wird. Aber nur alleine mit dem Bereich Bildung würde der Anteil erneuerbarer Energie unwesentlich besser. Mit solch einem schwachen Engagement würde Liestal aber sehr unglaubwürdig da stehen. Von seiner Fraktion werden deshalb folgende Kompromiss-Anträge zu den stadträtlichen Anträgen gestellt:

- Gegenantrag zu Antrag 2 Stadtrat: *Die Stadt Liestal kauft Rheinstrom für die Versorgung der Bereiche Bildung, Umwelt und Verwaltung mit 100% erneuerbarer Energie gemäss Stadtratsbericht Seite 3. Dadurch sinkt der Anteil von nicht erneuerbarem Strom für die Stadtverwaltung von heute 79% auf neu 34%.*
- Gegenantrag zu Antrag 3 Stadtrat: *Der Einwohnerrat stimmt einem entsprechenden Nachtragskredit zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 in der Höhe von CHF 34'000.— zu*
- Zusatzantrag: *Der Stadtrat strebt für die folgenden Jahre eine Stromversorgung der gesamten Stadtverwaltung mit 100% erneuerbarer Energie an.*

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sich auch seine Fraktion für eine baldmögliche Umstellung auf erneuerbare Energien einsetzt und der Wechsel auch zuerst von der öffentlichen Hand vorgenommen werden soll. Der Situation ist jedoch etwas verzwickt, da die EBL rund 40 % an Rheinstrom und ökologischem Strom in ihrem Mix hat. Dieser Strompreis ist der Billigste und dieser wird nun zu einem hohen Preis verkauft, da die Nachfrage gross ist. Würde nun die Stadt nur noch 100% erneuerbare Energie einkaufen, hätte dies zur Konsequenz, dass der Anteil an erneuerbarer Energie beim EBL-Mix sinken würde, jedoch nicht mehr erneuerbarer Strom hergestellt würde. Damit würde die Stadt überhaupt nichts für die Umwelt tun, sondern nur mehr Geld ausgeben. Die zusätzlichen Einnahmen der EBL kommen in einen Topf, mit welchem Naturschutzprojekte usw. unterstützt werden. Das heisst, dass die Stadt mit der Umstellung auf 100% erneuerbare Energie indirekt Naturschutzprojekte etc. fördert, welche von der EBL finanziell unterstützt werden. Aus erwähnten Gründen kann er die Anträge des Postulanten nicht unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Seine Fraktion spricht sich dafür aus, dass zusätzliche finanzielle Mittel der Stadt eher für Energiesparmassnahmen verwendet werden sollten, welche beispielsweise zu einem Minder-Stromverbrauch führen, denn davon könnten die Strombezüger und auch die Einwohnerschaft direkt profitieren. Die FDP-Fraktion wird dem ersten Antrag zustimmen, jedoch die Anträge 2 und 3 ablehnen.

Philipp Senn (SP) meint, egal wie der Rat heute entscheiden wird, aus der Steckdose wird auch weiterhin der genau gleiche Strommix rauskommen. Die Stadt könnte zumindest ein Zeichen setzen, indem man beispielsweise Windprojekten im Jura Vorschub leisten würde. Persönlich ist er auch der Meinung, dass das Dilemma tatsächlich da ist, mit dem Postulat aber mehr als ein Zeichen-Setzen nicht möglich ist.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) äussert, die Stadt Liestal habe nun wirklich kein Geld dafür, um Zeichen setzen zu können. Will man wirklich etwas Gescheites tun, so würde die Förderung von Energiesparmassnahmen wirklich mehr Sinn machen, wie dies von Thomas Eugster vorgängig bereits gesagt wurde.

Stadtrat Ruedi Riesen bemerkt, auch der Stadtrat möchte grundsätzlich, dass die Stadt Liestal als Energiestadt Zeichen setzt. Quartalsweise trifft sich die Stadt mit der EBL, welche sich als Energielieferantin durchaus dem Oekostrom verpflichtet fühlt. Mit dem stadträtlichen Antrag für den Einkauf von 100% erneuerbarer Energie für den Bildungsbereich wird doch zumindest ein Akzent gefunden, mit welchem auch der psychologische Effekt mitgetragen würde. Weitere Energiesparmassnahmen werden laufend bei Gebäudesanierungen usw. geprüft. Für das Stadtbauamt wurden vom Rat zusätzliche personelle Ressourcen bewilligt, weshalb im nächsten Entwicklungsplan auch neue Energiestadt-Projekte und deren Finanzierung thematisiert werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) legt dar, dass die freie Marktwirtschaft auch bei den Stromlieferanten gilt und so kann die EBL ihren Strom auch einkaufen, wo sie will. So kann die EBL ihren Strom zu fast 40% aus unbekanntem Stromquellen beziehen, wobei dieser Strom von irgendwelchen Dreckschleudern aus Norddeutschland und Osteuropa geliefert wird. Und so kann es uns nicht gleich sein, woher der Strom herkommt. Denn wenn die EBL-Kunden vermehrt anderen Strom verlangen, würde die EBL diesen sicher auch anders einkaufen. Der billigste Strom ist halt meist auch der dreckigste Strom. So müssen sich künftig wohl doch alle Energiebezügler die Kernfrage stellen, ob sie für sauberen Strom mehr bezahlen wollen oder eben nicht.

Erika Eichenberger (GL) unterstützt das Votum ihres Vorredners und es muss teilweise auch vermehrt Druck gemacht werden. So sind beispielsweise auf der langen Liste der EBL-Delegierten aus Liestal die Grünen nur sehr schlecht vertreten, so müssten halt von den bürgerlichen Delegierten auf die EBL vermehrt Druck betreffend der Angebotserweiterung gemacht werden. Spätestens mit der Liberalisierung dürfte dies sowieso zum Thema für die Stromlieferanten werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Gemäss stadträtlichem Antrag 1 wird von der stadträtlichen Antwort zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2010/107a einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.

://: Der Änderungsantrag der Grünen Fraktion unterliegt dem stadträtlichen Antrag 2 mit 9 Stimmen zu 11 Stimmen.

://: Der Antrag 2 des Stadtrates (Einkauf von 100% erneuerbarer Energie im Bereich Bildung) wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass somit auch nicht über den Antrag 3 (Nachtragskredit für Einkauf erneuerbarer Energie zu Lasten der Rechnung 2011) des Stadtrates sowie diesbezüglichen Gegenantrag der Grünen Fraktion abgestimmt werden muss.

://: Mit Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten stimmt der Einwohnerrat dem Antrag der Grünen Fraktion zu, dass der Stadtrat für die folgenden Jahre eine Stromversorgung der gesamten Stadtverwaltung mit 100% erneuerbarer Energie anstrebt.

240 0.01.011.01 Einwohnerrat

**16. Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend
„ÖV-Anbindung Rosenquartier“ (Nr. 2010/135)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Peter Furrer
SVP-/CVP-/EVP-Fraktion*

*Postulat
ÖV-Anbindung Rosenquartier*

Im Rosenquartier hat die Zahl der EinwohnerInnen in den letzten Jahren stark zugenommen. Ebenso ist die Zahl der PendlerInnen seit der Eröffnung des Kultur- und Sportzentrums markant angestiegen. Das sich zahlenmässig auch weiterhin noch vergrössernde Quartier ist jedoch nur beim Schwimmbad - an der äussersten Peripherie - an den Öffentlichen Verkehr angebunden. Die Erschliessung des Quartiers erfolgt demzufolge grösstenteils durch motorisierten Individualverkehr über die ohnehin stark befahrene Rosenstrasse. Dies gefährdet wiederum vor allem die Velofahrer und Fussgänger.

Diese immer prekärer werdende Verkehrs-Situation könnte mit einer besseren Anbindung an den Öffentlichen Verkehr etwas gemildert werden und auch den Besucherinnen und Besuchern des multifunktionalen Zentrums eine umweltfreundlichere Art der Anreise ermöglichen.

Wir bitten deshalb den Stadtrat zu prüfen, wie das Rosenquartier besser an den Öffentlichen Verkehr angebunden werden kann.

Gerne erwarten wir den Bericht des Stadtrats und danken ihm im Voraus für seine Mühe.

Liestal, 20. September 2010

*Peter Furrer
SVP-/CVP-/EVP-Fraktion*

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) dankt dem Stadtrat als Postulant dafür, dass dieser seinen Vorstoss übernehmen wolle. Im Moment werden keine konkreten Massnahmen verlangt und der Stadtrat hat genug Zeit, nach möglichen Lösungen zu suchen. Ergänzend sei festgehalten, dass vom Stadtrat im Zusammenhang mit einem ähnlichen, früheren Vorstoss befunden wurde, dass das bevölkerungsreiche Quartier besser an den öffentlichen Verkehr angebunden sein sollte. Zwischenzeitlich ist an der Rosenstrasse beispielsweise auch das Sport- und Kulturzentrum Rosen entstanden. Der Rat wird um Überweisung seines Postulates an den Stadtrat gebeten.

Hanspeter Stoll (SP) orientiert, die SP-Fraktion werde der Postulatsüberweisung zustimmen. Auch die Besucher des BIZ dürften für einen besseren ÖV-Anschluss dankbar sein.

Elisabeth Spiess (GL) erklärt, dass das Rosenquartier mit einer besseren ÖV-Anbindung eine wesentliche Aufwertung erfahren dürfte, weshalb ihre Fraktion den Vorstoss ebenfalls unterstützen würde. Bei den weiteren Abklärungen sollte bezüglich der Kosten, der Effizienz usw. auch mitberücksichtigt werden, dass Investitionen in den öffentlichen Verkehr vermutlich mehr Wirkung haben dürften, als Investitionen in Parkhäuser usw.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass vom Ratspräsidenten bereits an einer früheren Sitzung festgehalten wurde, dass auf dem Postulat die Fraktionsbezeichnung falsch ist. Seine Fraktion hält klar fest, dass der Vorstoss nicht von der SVP mitunterzeichnet wurde und es sich um einen Verschieb des Postulanten handelt. Die SVP-Fraktion wird den Vorstoss nicht unterstützen, weil ein ähnlicher Vorstoss bereits vor kurzer Zeit ein Thema im Rat war. Eine Optimierung im ÖV, vor allem auch im Rosenquartier, macht auch aus Sicht seiner Fraktion Sinn, doch der neue Vorstoss muss als Zwängerei bezeichnet werden.

Stadtrat Ruedi Riesen stimmt den Aussagen der Vorredner zu, dass ein ähnlicher Vorstoss bereits vor kurzem im Einwohnerrat ein Thema war. Die Situation hat sich aber zwischenzeitlich mit der neuen Planung Zentrum Nord massiv geändert. Die Quartierplanung Ziegelhof wird dem Einwohnerrat noch dieses Jahr zur Beschlussfassung unterbreitet und in diesem Zusammenhang sind vorgängig auch noch Abklärungen bezüglich der ÖV-Anbindung des betreffenden Gebietes zu treffen. Die Postauto AG hat anscheinend das Problem, dass einige Postautos nicht ausgelastet sind bzw. warten müssen, bis sie gemäss Taktfahrplan wieder zum Einsatz kommen. So wären diese froh, wenn die Postautos in Liestal zu günstigen Konditionen Zusatzschlaufen fahren könnten. Der Stadtrat wird sich im bevorstehenden Vernehmlassungsverfahren einbringen und kann dabei gegebenenfalls eine Lösung im Sinne des Postulates erzielen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2010/135 an den Stadtrat überwiesen.

241 0.01.011.01 Einwohnerrat

17. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion betreffend Fassadenrenovation am Törli (Nr. 2010/136)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer (SVP) und
Franz Kaufmann (SP)
Einwohnerrat Liestal*

20. September 2010

*Interpellation
betr. Fassadenrenovation am Törli*

„Liestals Tor steht allzeit offen“: So heisst einer unserer Werbe-Slogans für Liestal. Das Obere Stadttor ist eines der Wahrzeichen unserer Stadt, ja der ganzen Region.

Leider präsentieren sich die Fassadenmalereien in einem äusserst bedenklichen Zustand und müssten dringend restauriert werden. Die Fassade weist aber auch noch andere Beschädigungen auf, welche nicht gerade zur Verschönerung unserer Altstadt beitragen. Nachdem nun diverse Strassen und Plätze saniert wurden, sollte auch unser Wahrzeichen wieder instand gestellt werden. Da das Törli auch eidgenössisches und kantonales Kulturgut ist, müssten sich neben der Stadt sicher auch Bund und Kanton an den Kosten beteiligen.

Wir stellen deshalb folgende Fragen:

- 1. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass eine Restauration dringend nötig ist?*
- 2. Ist der Stadtrat bereit, im nächsten Budget einen entsprechenden Betrag vorzusehen?*
- 3. Ist der Stadtrat damit einverstanden, mit den zuständigen Bundes- und Kantonsstellen Verbindung aufzunehmen, um Abklärungen betreffend Finanzierung zu treffen?*

*Franz Kaufmann
SP-Fraktion*

*Hanspeter Meyer
SVP-Fraktion*

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass der Stadtrat die Törli-Sanierung schon länger ins Auge gefasst habe. Sorgen bereiten nicht nur die Fassaden, sondern auch die Bausubstanz. Verschiedene Vorabklärungen wurden vom Stadtbauamt bereits getroffen. Die Fragen der Interpellanten kann er wie folgt kurz beantworten:

Frage 1: Ja, auch der Stadtrat findet eine Törli-Sanierung nötig.

Frage 2: Ja, der Stadtrat wird die Sanierungskosten im nächsten Entwicklungsplan sowie in einem der nächsten Voranschläge einstellen.

Frage 3: Ja, vom Stadtbauamt werden weitere Abklärungen bei Dritten bezüglich einer Mitfinanzierung der Törlisanierung getroffen.

Franz Kaufmann (SP) hält als Interpellant fest, dass die stadträtlichen Antworten befriedigen. In einem Sonntagszeitung-Bericht ist im Zusammenhang mit den Stadtentwicklungen unter anderem auch auf die Wichtigkeit der öffentlichen Hand betreffend dem Erhalt von Altbauten hingewiesen worden.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass bezüglich den Finanzierungsbeiträgen durch Dritte alle Möglichkeiten ausgeschöpft und beispielsweise auch Stiftungen usw. um Beiträge ersucht werden sollten.

Hansrudolf Schafroth (SVP) befürwortet die Törlisanierung unter der Bedingung, dass der Chienbäse auch weiterhin unter dem Törl durchgeföhrt werden kann.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation Nr. 2010/136 beantwortet und erledigt.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann